

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesa,
Gernsuf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1330
Blatt Nr. 22.

Nr. 114.

Mittwoch, 17. Mai 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 10.— Mark ohne Belegerlohn. Einzelnummer 1.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 33 mm breite, 9 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 4.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachzahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schräge Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Brotmarkenausgabe in Gröba.

Die Ausgabe der Brotmarken für die Zeit vom 22. 5. bis 18. 6. 1922 erfolgt in dieser Woche an den bekannten Tagen im hiesigen Gemeindevamt, Zimmer Nr. 5, Gröba (Elbe), am 17. Mai 1922.

Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft Großenhain wird der Kommunikationsweg von Radeberg nach Riesa wegen Aufbringen von Massenschnitt vom 22. bis 23. Mai dieses Jahres für den Fahrverkehr gesperrt und dieser inzwischen über Vobersien verwiesen.

Das unbefugte Befahren des gesperrten Weges wird nach § 306^b des Reichsstrafgesetzbuchs bestraft.
Radeberg, am 16. Mai 1922.
Der Gemeindevorstand.

Freibank Poppitz.

Seit Mittwoch abends von 6—8 Uhr kommt das Fleisch einer jungen Kuh zum Verkauf, 1/2 kg 25 Mark.
Der Gemeindevorstand.

Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 17. Mai 1922.

—* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend ab 8 Uhr in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Stadtverordneten-Sitzung. Vom Kollegium fehlte Herr Stadtverordneter Hiesch. Als Vertreter des Rates waren Herr Bürgermeister Dr. Schneider und Herr Stadtrat Gutacker anwesend, außerdem war Herr Stadtratsrat Quaschnitz anwesend. Der Sitzungssaal war schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Stadtverordneter Hiesch. Die Punkte 1 bis 3 der Tagesordnung betrafen Angelegenheiten der Schule. Der Erhöhung des Fremdenzuschulgebührens für die Volksschule auf 600 M. und des Fremdenzuschulgebührens für Fortbildungsschüler auf 50 Mark für Nichtlehrende und 80 Mark für die Schüler, die neben den fünf sonstigen Unterrichtsfächern noch teilnehmen am Zeichenunterricht, Kunst- und Musikunterricht usw., wurde zugestimmt. Ferner wurde die Erhöhung der Pöbelgebühren auf 5 M., der Schließgebühren auf 10 M. und der Gebühr für Zeugnisduplikate auf 10 M. genehmigt. Zugestimmt wurde dem Ratsbeschluss, beim Handfertigkeitsunterricht für Knaben die Arbeitsgruppen von 15 auf 12 herabzusetzen, den Kurien für Vapparbeiten überhaupt wegzulassen zu lassen und aus dem 8. Schuljahr nur die Knaben teilnehmen zu lassen, die nicht schon einen maßvollen Unterricht genossen. Der Beitrag von den Schülern für Materialverbrauch und Werkzeugbenutzung soll erhöht werden. Trotz dieser Einschränkungen ergibt sich beim Handfertigkeitsunterricht noch ein Fehlbetrag von 28 700 M. gegenüber nur 9800 M. im Vorjahr.

4. Der vom 1. Mai 1922 ab gültige neue Tarifvertrag für das Pflege-, Haus- und Küchenpersonal des Stadtkrankenhauses wurde genehmigt.

5. Vom Ausschuss für die Errichtung eines Ehrenmals für die Gefallenen der früheren Feldartillerie-Regimenter 32 und 68 ist die Stadt gebeten worden, auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz einen Platz für das Denkmal unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und das Denkmal in Schutz und Pflege zu übernehmen. Der Rat hat beschlossen, dem Gesuche zu entsprechen. Herr Stadtverordneter Guntzler erklärte, daß die Pläne bei ihrer Haltung zur Denkmalsfrage verharren. Sie stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Errichtung der Gefallenen in anderer Weise, etwa durch Errichtung eines Volksheimes, geschehen müsse. Herr Bürgermeister Dr. Schneider erklärte, daß es sich heute um etwas anderes handle, als bei der Vorlage im vorigen Jahre. Damals habe es sich um die Frage eines gemeinsamen Ehrenmals für die beiden Regimenter und für die Gefallenen der Stadt Riesa gehandelt. Der Rat sei damals von der Ansicht ausgegangen, daß, wenn die Stadt gemeinsam mit den beiden Regimentern vorgehen würde, sie auf die Art des Denkmals einen entscheidenden Einfluß ausüben könne. Das Denkmal sollte eine schlichte Errichtung sein und nicht aufwendig auf einige Kreise der Bevölkerung wirken. Damals sei diese Vorlage abgelehnt worden. Jetzt handle es sich nicht darum, daß die Stadt mitwirke, sondern nur darum, daß man den Regimentern, die hier beheimatet gewesen sind und hier ihr Ende gefunden haben, die Gelegenheit biete, dem Wunsche der überlebenden Regimentsangehörigen entgegenzukommen, daß sie in der Garnisonstadt ein die gefallenen Kameraden ehrendes Denkmal errichten können. Der Rat habe die Überzeugung gewonnen, daß das Denkmal in einer Weise errichtet werde, die den Wünschen der Stadt Rechnung trägt. Deshalb habe er es für unbedenklich erachtet, einen Platz zur Verfügung zu stellen. Die Gefallenen zu ehren, sei ein Recht und eine Pflicht derer, die ihnen nahe gestanden haben. Der Rat werde es bedauern, wenn die Vorlage abgelehnt würde. Herr Stadtverordneter Guntzler erklärte, daß die bürgerliche Fraktion der Vorlage zustimme. Nachdem Herr Stadtverordneter Schneider (Soz.) nochmals den Standpunkt seiner Fraktion begründet hatte, wurde die Ratsvorlage mit dem Einklang der Minderheit gegen die Mehrheit abgelehnt.

6. Für die an der Mädchenschule Fortbildungsschule beschafften Lehrkräfte soll bis zur Verabschiedung des Schulbudgets die Anrechnung von Fortbildungsschulstunden als Pflichtstunden nach der Verordnung des Ministeriums erfolgen. Der Rat soll ersucht werden, dahin zu wirken, daß eine Ermäßigung der Pflichtstundenzahl nicht eintreift, wenn weniger als 5 Fortbildungsschulstunden erteilt werden.

7. Der Evangelische Diakonieverein in Zehndorf hat gebeten, die Schweltern im Stadtkrankenhaus nach Gruppe 3 Biffer 1 der Reichsbesoldungsordnung zu bezahlen. Der Vorlage wurde zugestimmt.

8. Beigegeben wurde dem Ratsbeschluss, die Vergütung der für die Casuatanten zu hinterlegenden Sicherheit in Höhe von 50 M. wegzulassen.

9. Die Gebühren der Weichenfrauen wurden wie folgt festgesetzt: 50 M. für minderbemittelte Erwachsene, 70 M. für bemittelte Erwachsene, 80 M. für Kinder von 2—14 Jahren, 20 M. für Kinder bis 2 Jahre und 20 M. für Krankenbesuche.

10. Der Gewährung eines Beitrages an 3 Oberrealschüler zur Teilnahme an einem Fortbildungsfest in der technischen Hochschule in Dresden wurde

zugestimmt. Die Beihilfe soll betragen: 800 M. für den Oberrealschüler und 600 M. für die beiden Lehrer.

11. Mit der Neuerteilung der Geschäfte der Steuerkasse in der vorgeklagten Weise erklärte das Kollegium sich einverstanden. Herr Stadtverordneter Hiesch erklärte, daß die Rückzahlungen zu viel erhobener Steuern schneller erfolgen müßten, während Herr Stadtverordneter Guntzler erklärte, daß die Einhebung verschiedener Steuern, z. B. des Wadungsvertragsstempels der Stadt mehr Unkosten verursache, als die Steuern einbringen.

12. Der Rat hat beschlossen, ab 1. Mai 1922 den Gaspreis auf 6.50 M. pro Kubikmeter für Einheitsgas und 6.80 M. für Automaten gas zu erhöhen. Die vom Verband der Gas- und Wasserfachmänner ermittelte Kohlenkauf, nach der sich der Gaspreis automatisch regelt, soll zur Anwendung kommen. Das Kollegium stimmte der Gaspreiserhöhung zu, hinsichtlich der Kohlenkauf nahm es jedoch einen Antrag Hiesch an, wonach der Ausschuss die Höhe der Kohlenkauf auf Grund eingehender Berechnung nachprüfen und erörtern soll, ob die Kohlenkauf geteilt werden soll in eine Kohlen- und Lohnkauf.

13. Die Gasanlage in der Albertturnhalle soll verbessert, der Projektionsapparat der Albertturnhalle an die elektrische Leitung angeschlossen und eine elektrische Außenlampe auf dem Platz vor der Albertturnhalle aufgestellt werden.

14. Von einer Einladung zur Tagung der Freien Vereinigung ehemaliger Unteroffiziere der Sächsischen Reitenden Artillerie am 25. Mai in Riesa wurde Kenntnis genommen.

15. Mit dem Erlass einer Bekanntmachung, den Geschäftsbesitzer der Räder betreffend, erklärte das Kollegium sich einverstanden. Es soll damit den Altstiefelbesitzern geteilt werden.

16. Herr Stadtverordneter Guntzler hat den Rat, seine Aufmerksamkeit der Beschaffenheit des Spielplatzes an der Maxstraße auszuwenden.

Schluss der Sitzung 7/8 Uhr.

—* Einweisung des Herrn Amtshauptmann Kühn. Vor einer zahlreichen Versammlung wurde heute vormittag im Saale der Amtshauptmannschaft in Großenhain Herr Amtshauptmann Otto Kühn durch Herrn Kreisshauptmann Krug von Ribba in sein Amt eingeweiht. In seiner Einweisungsbrede führte der Herr Kreisshauptmann aus, daß der neue Amtshauptmann als Minister des Innern Einblick in die Verwaltung habe tun können und daß er als Stadtverordneter und Stadtverordneter in Dresden Kenntnis von der hauptstädtischen Verwaltung bekommen habe. Er werde auch mit einem Eifer versuchen, in die Verhältnisse unseres Landbezirks einzudringen, wobei er bei der Einarbeitung auf Nachsicht und Unterstützung rede. Herr Amtshauptmann Kühn erwiderte, daß höchste Achtung vor der Meinung und Überzeugung des Herrn Kreisshauptmannes, der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit und Anerkennung treuerer Mitarbeiter der Rahmen seines künftigen Arbeitsprogramms sein werde. Mit der Vorstellung der Erklärungen erreichte die Feier ihr Ende.

Diebstahl. In der Nacht zum 10. Mai sind von den Mäkten an der Straße Großenhain—Osterwerda, Flur Frauenhain, etwa 100 m hohes starker Bronzedraht gestohlen worden. Irigendwelche Maßnahmen wollen man der nächsten Polizeistation melden.

Unfall einer Radfahrerin. Am Montag nachmittag bog Frau Martha Richter aus Gröba mit ihrem Rad, von der Weitzstraße kommend, in die Weitzstraße des Kaiser-Wilhelm-Platzes ein. Gleichseitig kam vom Bahnhof ein Lastauto, das denselben Weg nahm. Durch einige auf der Straße stehende Frauen etwas unsicher geworden, kam Frau Richter mit dem Auto in Berührung und stürzte ab. Der äußere Rand des Autohinterrades streifte ihren rechten Fuß und verletzte ihn erheblich. Der Autofahrer, dem nach Aussagen von Zeugen keine Schuld beizumessen ist, hielt sofort an und brachte mit Hilfe seines Beifahrers die Verletzte zu Herrn Dr. Walda, der eine Quetschung des Fußes feststellte und ärztliche Hilfe angebehalten ließ. Sanitätsmannschaften brachten sie dann in ihre Wohnung nach Gröba.

Der diesjährige Landesparteitag der U. S. V. in Sachsen ist für Sonnabend, den 1. und Sonntag, den 2. Juli nach Plauen i. V. einberufen worden. U. a. wird der sächsische Innenminister Lipinski über die politische Lage in Sachsen sprechen.

Fährverkehr in Sachsen und Thüringen. Die Fährverbindungen der sächsischen Fährvereine stellen in allen Verbandsstädten die Arbeit ein. Fast alle Weibereien sind stillgelegt. Hierzuland sind Arbeiter selten.

Die Ausstellung des sächsischen Gastwirts- und Hotelgewerbes und der heimischen Industrie, eine für das sächsische Gastwirts- und Hotelwesen wirtschaftlich bedeutende Unternehmung, wird vom 18. bis 25. Juni in Riesa abgehalten. Die Ausstellung erfolgt in einer der größten Hallen der Riesaer Industrie- und Handelskammer. Die Ausstellung ist auf der Deutschen Landwirtschaftsausstellung in Leipzig in Benutzung war. Mit dem Gallenbau ist bereits begonnen. Unter den ausstellenden Firmen befinden sich die größten und bekanntesten Deutschlands, die wirtschaftlich direkt oder indirekt für das Gastwirts- und Hotelwesen in Frage kommen. Indirekt ist der Erfolg der Ausstellung schon

dadurch gesichert, daß in Verbindung mit der Ausstellung der 36. Verbandstag des sächsischen Gastwirtsverbandes in Riesa abgehalten wird.

—* Aus den Landtagsausschüssen. Der Haushalt-Ausschuss A verabschiedete gestern das Kapitel 36 des Staatshaushaltsplanes 1921/22. Volksschulen betr. Einmündig wurde beschlossen, die Einkünfte für das Jahr 1922 bei Lit. 15 um 700 000 M. zu erhöhen und in erster Linie das Wandertelegraphenamt in Leipzig stark zu fördern. Bei Lit. 21, Volksschulwesen, sind eine Million Mark eingestellt worden, desgleichen wurden für das Fortbildungsschulwesen 1,8 Millionen Mark mehr bewilligt, die zu Bewilligen an Gemeinden zu zahlen seien. Der Ausschuss bewilligte also 4 Millionen Mark mehr, als der Haushaltsplan vorgelesen hat. Ein vorkontrollierter Antrag auf stärkere Heranziehung weiblicher Lehrkräfte in Volksschulen und Fortbildungsschulen wurde ebenfalls angenommen, der auf Erteilung des Turnunterrichts in den oberen Mädchenklassen abzielt. Im übrigen wurde das Kapitel nach der Vorlage verabschiedet.

—* Ueber den Anteil Sachsens am Eisenbahnbeamtenstreik. Der Reichsverkehrsminister Groener hat auf eine Anfrage sächsischer Reichstagsabgeordneter über den Umfang des Anteils Sachsens am Eisenbahnbeamtenstreik und über die Durchführung der Richtlinien der Reichsregierung eine schriftliche Antwort gegeben, in der u. a. das Folgende mitgeteilt wird: Am dem Streik, der vom 21. bis 26. Januar dauerte, haben sich 10 627 sächsische Bedienstete beteiligt, das sind 14,5 Prozent des Gesamtpersonals, und zwar 10 628 Arbeiter gleich 24,6 Prozent, und 561 Beamte gleich 1,7 Prozent. Der Aufforderung der Eisenbahn-Generaldirektion zur Wiederaufnahme der Arbeit am 25. Januar 1922, nachmittags 2 Uhr, haben 9590 Bedienstete, darunter 303 Beamte, nicht entsprochen. Es ist anzunehmen, daß ein großer Teil dieser Bediensteten den rechtzeitigen Wiederaustritt der Arbeit deshalb verweigert hat, weil er von der Aufforderung bei der Kürze der Zeit nicht rechtzeitig Kenntnis erhalten habe. Von einer Entlassung der Arbeiter, welche die Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht eingehalten haben, mußte angesichts ihrer großen Zahl abgesehen werden, da sonst nach Beendigung des Streiks erhebliche Betriebschwierigkeiten eingetreten wären. Die Eisenbahn-Generaldirektion hat sich deshalb damit begnügen müssen, nur diejenigen Arbeiter zu entlassen, die sich hervorragend für Ausbruch und Fortsetzung des Streiks betätigt haben; insgesamt sind jedoch Arbeiter entlassen worden. Wegen bloßer Streikbeteiligung ist gegen Beamte weder im Wege des förmlichen Disziplinarverfahrens, noch mit Kündigung vorgegangen worden, da eine solche Maßnahme bei der großen Zahl der in Frage kommenden Beamten und bei der in Personal bestehenden Erregung erneute Erschütterungen des Betriebes mit Sicherheit hervorgerufen hätte. Es ist deshalb nur gegen solche Beamte, die für den Ausbruch und die Fortsetzung des Streiks tätig gewesen sind oder sich eigenmächtig Eingriffe in den Betrieb schuldig gemacht haben, disziplinarisch eingeschritten worden. Ein Beamter ist im Wege der Kündigung entlassen worden, gegen zwei jedoch das Disziplinarverfahren. Wegen 19 der am Streik beteiligten Bediensteten ist wegen fahrlässiger Transporthinrichung und Hausfriedensbruches strafrechtliche Verfolgung eingeleitet worden.

—* Beschleunigte Erledigung von Verdrängungs-, Kolonial- und Auslands-Sachen. Nicht genügend bekannt scheint die in § 31 der Entschädigungsordnung vom 30. Juli 1921 (RSV. S. 1046) vorgesehene Möglichkeit zu sein, Entschädigungsansprüche im beschleunigten Erledigungsverfahren zu erheben. Von einer Beschleunigung dieses Weges ist eine erhebliche Beschleunigung des Entschädigungsverfahrens zu erwarten. Es kann den Geschädigten daher nur dringend nahegelegt werden, in möglichst großem Umfang von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

—* Tarifserhöhungen bei der Reichsbahn. Die neuerliche Steigerung der Materialpreise und veränderten Ausgaben der Reichsbahn nötigen dazu, bereits am 1. Juni die Güter-, Tier- und Erzeugnispreise um 25 Prozent zu erhöhen. Durch die Kohlenpreiserhöhung vom 20. April steigert sich der Preis von Eisenbahnkohlen pro Tonne um 200 Mark oder um rund 27 Prozent. In derselben Zeit ist das Kubikmeter Eichenholz von 3400 Mark auf 4500 Mark, also um rund 34 Prozent, die Holzschwellen von 240 Mark auf 350 Mark, d. h. um 46 Prozent gestiegen. Die Verteuerungsziffer aller von der Eisenbahn gebrauchten Stoffe hat sich von 80 im Monat April auf 92 im Monat Mai erhöht. Die sächsischen Ausgaben der Reichsbahn belaufen sich dadurch um rund 7 Milliarden. Dazu kommt vom 1. Mai ab die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Arbeiter um rund 12 Milliarden, sodas für das Rechnungsjahr 1922 rund 19 Milliarden zu deden sind. Von einer Erhöhung der Tarife im Personen- und Gepäckverkehr soll bis auf weiteres Abstand genommen werden, sodas eine Erhöhung der Gütertarife um 25 Prozent zum Ausgleich des Defizitbetrages erforderlich ist. Die neue Erhöhung soll gleichzeitig mit den bisherigen Erhöhungen demnach in die Tarife organisch eingearbeitet werden; bei dieser Einarbeitung werden die Eisenbahndienste mäßig-

Gleichzeitig soll von ihnen die Frage behandelt werden, wie den Gefahren vorzubeugen ist, die der Schiffsahrt aus der derzeitigen starken Entlastung der Eisenbahntarife erwachsen.

Bevorstehender Wechsel in der Leitung der sächsischen Staatszeitung. In der Presse wird die Meldung verbreitet, daß ein Wechsel in der Leitung der sächsischen Staatszeitung und der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei bevorstehe und Verhandlungen mit einem Berliner Journalisten sich ihrem Ende näherten, der für einen dieser Posten in Betracht käme. Richtig ist, daß hinsichtlich der sächsischen Staatszeitung tatsächlich mit verschiedenen Journalisten, darunter auch einem Berliner, wegen Uebernahme der Leitung ihres politischen und wirtschaftlichen Teiles vertraulich verhandelt worden ist. Die Verhandlungen sind aber durchaus noch nicht reif zum Abschluß.

Gewerbeamt in Dresden. In einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium beantragten die sächsischen Gewerbeämter, daß der Forderung des Deutschen Städtegesetzes nach dem kommunalen Besteuerungsrecht für Gas und Elektrizität nicht Folge gegeben wird. Die Steuer würde wiederum vornehmlich Handwerker und Gewerbetreibende betreffen, die weitere besondere Steuerlasten nicht mehr zu ertragen vermögen, wenn sie Lebens- und Leistungsfähigkeit verlieren. Die Frist für die Verwendung der Frachtbriefe nach dem Verkehrsgesetz ist von der Reichseisenbahnverwaltung bis zum 1. Juni d. J. verlängert worden. Die sächsischen Gewerbeämter beantragten im Hinblick auf die beträchtlichen Bestände an kleinen Frachtbriefen, die viele Geschäftskreise noch daliegen haben, und angesichts der Papiernot eine abermalige Erweiterung der Ausbrauchfrist bis mindestens Ende des Jahres.

Lichtentwurf. Am Sonntag fand die Weihe des Kriegerdenkmals statt. Unter grünen Linden erhebt sich auf dem Spielplatz der Schulfinder ein mächtiger Granitblock, auf dem die Namen der 21 Gefallenen und Vermissten stehen. Ein eisernes Bitter umgibt das Denkmal. — Nachmittags 3 Uhr bewegte sich unter Glockenläute und Musikklängen ein erukter Zug, gebildet von den Schulkindern, den Ortsbehörden und den Vereinen, vom Gedächtnis des Gemeindevorstandes aus nach dem Denkmalsplatz, auf dem sich die Angehörigen der toten Krieger und viele Zuschauer eingefunden hatten. Nun begann die Feier. Stimmungsvolle Lieder des Gesangsvereins und der Schulfinder umrahmten sie, Gedichtvorträge flochten sich ein. Der Wäzler Tischmann ergriß mit herabdringenden Worten die ganze Versammlung, indem er mit markigen Worten die Treue pries, die Treue, die 1914 so begriffen fürs Vaterland auslag, die ausbleibt in Not und Tod, die alles gab, selbst das Leben. Mit feierlichem Ernst weihte er das Denkmal. Edele Worte sprach Herr Kirchschullehrer Vogel. Tief rührte der Vorstand des Militärvereins Witznig u. Umg. Herr Gutschkeleser Redle, die Herzen. Mit kurzen, konzentrierten Sätzen legten die Vereinsvorsitzenden Krüge nieder. Herr Gemeindevorstand Lehmann eröffnete und beschloß die Feier in würdiger Weise, indem er am Anfange das Denkmal enthielt und am Schluß es in den Schutz der Gemeinde übernahm. Mit wunden Herzen legten die Angehörigen der Gefallenen ihre schönen Kränze nieder. Mögen Deutschlands Felder nie vergessen werden!

Leipzig. Ein hiesiger Einwohner, Herr Anton Binert, feierte am 15. Mai seinen 60. Geburtstag. Gleichzeitig können seine zwei Söhne das Wiegenfest begehen. Daß Vater und Söhne einen Geburtstag haben, dürfte schließlich ein nicht alltäglicher Fall sein.

Dresden. Von der Kriminalpolizei wurde der Handlungsgehilfe von hier wegen Schwebdelbetrügereien festgenommen. W. verschaffte sich bei einer hiesigen Bank ein Scheckbuch, indem er 100 M. einzahlte, sie aber bald wieder durch einen Scheck abheben ließ. In leichtsinniger Weise machte er dann in Scheckwirtschaften und Langzeitabklemmen größere Bechen, sorgte sich auch dazu noch bares Geld und stellte dann Schecks aus, obgleich er wußte, daß für sie keine Deckung vorhanden war. — Durch eifrige Nachforschungen ist es der hiesigen Kriminalpolizei gelungen, eine fieselnepische Diebes- und Geheulbande wegen verschiedener Einbrüche festzunehmen. Diese Gesellschaft, zum Teil arbeitslos und leistunglos, die in der hiesigen Zentralbergwerke auflagen, hatte aus einem Lebensmittelgeschäft

in der Grunner Straße durch Mißbrauch des dort angestellten Marktbekkers B. große Mengen Salz, Gel. Seltz, Lichter usw. aus einem Geschäft in der Al. Backofstraße wiederholt große Mengen Benzin und in Goldbach einen Treibriemen im Werte von 10000 Mark mittels Einbruchs gestohlen. Der Treibriemen und auch ein Teil der übrigen Waren konnte herbeigekauft und den Eigentümern zurückgegeben werden.

Bauwesen. Der Bezirk Bautzen beabsichtigt die Aufnahme eines größeren Darlehens zur Förderung des Wohnungsbaus in besonders bedürftigen Bezirksgemeinden. Auf eine Ausschreibung der Amtshauptmannschaft hat eine Reihe von Gemeinden insgesamt einen Bedarf von rund 30 Millionen Mark angemeldet. Inzwischen hat sich aber die Sachlage insofern geändert, als die Kreditanstalt sächsischer Gemeinden neuerdings erklärt, den einzelnen Bezirksverbänden höchstens 2-3 Millionen leihen zu können und auch das nur, wenn nicht alle Bezirksverbände davon Gebrauch machen. Der Bezirk sieht sich infolgedessen gezwungen, Mittel anderweitig beschaffen zu machen und im übrigen auch in eine Nachprüfung der Anmeldungen einzutreten, wozu ein besonderer Ausschuss eingesetzt wurde.

Leipzig. Am 15. d. S. ist am Sonntag vormittag abermals von einem großen Schuppenfeuer heimgegesucht worden. In dem erst seit 1912 bestehenden neuen Fabrikgebäude der Spinnerei ist das Feuer im Obergeschloß herausgekommen. Das ganze Geschloß und der Dachstuhl standen bald in hellen Flammen. In dem Gebäude sind wertvolle Maschinen und Garnvorstände dem Feuer zum Opfer gefallen. Der angestrichelte Schaden wird auf über 5 Millionen Mark geschätzt. Gegen 1 Uhr war es den vereinten Anstrengungen der Feuerwehr möglich geworden, jede weitere Gefahr zu beseitigen. Man vermutet Brandstiftung. — Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß in der Spinnerei Leinwandfabrik bereits in der Nacht zum 15. April ein großes Schuppenfeuer wütete. Damals brach das Feuer in einem älteren Lagergebäude der Firma aus und vernichtete große Baumwollabfälle. Auch am 15. April entzündete sich ein Millionenfabrik. Brandstiftung wurde auch bereits am 15. April vermutet.

Olberndorf. Hier verlor eine Frau ihren Mann, mit dem sie in Scheidung lebt, dadurch an seeligen, daß sie einem für ihn zubereiteten Kaffee Gift (arsenigene Phosphor) beimischte. Ein auffallend starker und eigenartiger Geruch, der aus der Kaffeekanne drang, veranlaßte ihn zu der Frage, was das zu bedeuten habe. Die Frau antwortete „nichts“, rief dem Manne im gleichen Augenblick aber die Kanne aus der Hand und warf sie mit ihrem Inhalt auf die Straße. Aus den Bruchstücken, die der Mann sofort sammelte und auf der Balkenwand ablegte, wurde dann festgestellt, daß der Kaffee vergiftet war.

Leipzig. Beim Turnen am Neck ist hier der 15jährige Schmiedelehrling Willy Dittler so unglücklich gestürzt, daß er einen Bruch der Wirbelsäule erlitt, dem er nach qualvollem Leiden erlag.

Leipzig. In den Nächten zum 14. und 15. Mai sank im oberen Vogtlande die Temperatur bis auf minus 3 Grad Celsius. Der eben aufgebrochenen Nirschen- und Birnenblüte ist zweifellos erheblicher Schaden zugefügt worden. Auch die Stachel- und Johannisbeerbäume hat gelitten; dagegen sind die Heidel- und Preiselbeerbäume heuer noch soweit in den Rückständen, daß der unzeitgemäße Frost ihnen nichts anhaben dürfte.

Bursen. Eine Gasexplosion, bei der drei Personen schwere Brandwunden davongetragen haben, ereignete sich in einem Grundstücke in der Kaiser-Wilhelm-Straße. Der jugendliche Sohn einer dort wohnenden Familie Lange trat sich mit Selbstmordgedanken und hatte sich bei der Gasleitung zu schaffen gemacht. Sein Vater hatte aber rechtzeitig das Vorhaben seines Sohnes gemerkt. Als er das Zimmer, in dem sich der Sohn befand, mit einem brennenden Licht betrat, erfolgte eine Explosion. Der Vater und zwei Töchter von ihm wurden dabei durch Brandwunden erheblich verletzt und mußten alle drei ins städtische Krankenhaus überführt werden. Der Sohn, ein hiesiger Lehrling, blieb seltsamer Weise unverletzt.

Leipzig. In der Nacht zum Montag statteten Einbrecher der Juwelierfirma C. F. Wüthig am Thomaskirchhof einen Besuch ab. Sie drangen in die über dem Juwelier-

laden befindliche Warenkammer ein, durchdrangen den Fußboden und gelangten auf diese Weise direkt in den Laden. Die Einbrecher hatten es vornehmlich auf Silberwaren abgesehen. Sie beraubten drei Kästen ihres wertvollen Inhalts und ließen weiter auch einige Brillanten und andere Schmuckstücke mitgehen. Auf dem gleichen Wege, wie sie gekommen waren, gelang es dem Einbrecher, mit ihrer Hilfe zu entkommen, ohne daß es möglich gewesen ist, eine Spur von ihnen zu erhalten. Auf die Verhaftung der geflohenen Gegenstände, deren Wert auf etwa 200000 M. geschätzt wird, hat die Firma eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt.

Wernsdorf. Der 17jährige Schmiedehilfe Josef Wernsdorf in Obergarnitz brachte seinem Freunde, dem Realhändler der vierten Klasse der Wernsdorfer Realschule Carl Goettlich, Patronen für einen Revolver. Die beiden Jungen hantierten nun sofort mit dem Revolver und luden ihn. Dabei waren sie unvorsichtig, die Waffe entließ sich und die Kugel drang dem Josef Wernsdorf in den Hals und durchschlug beide Schlagadern. Es wurde zwar sofort nach ärztlicher Hilfe in den Nachbarort gefahren, doch verblutete der Verunglückte.

Deutscher Weihnachtstag.

Wd. Berlin, 16. Mai. Wd. Roenen (Komm.) fragt, ob die Witterungsmeldung zutrifft, daß auf dem Nordpazifik „Mindens“ 60000 T. Zeitungspapier für Südamerika verladen seien und was die Regierung zu tun gedenke, um diesem spekulativen Ausverkauf ein Ende zu machen und angesichts des Papiermangels und der miserablen Preiskontrolle der Arbeiterpreise das notwendige Papier zu sichern. — Regierungsgeld wird erwidert, daß die Untersuchung in dieser Angelegenheit noch nicht beendet sei.

Darauf wird die zweite Lesung des Postgesetzes fortgesetzt.

Wd. Reich (Wd.) spricht seine Freude darüber aus, daß das Reichspostministerium den Mut gefunden hat, gegen die Zentralisierungsbekämpfungen Stellung zu nehmen, ebenso mühe sie sich vor der Spabolisierung hüten. Die volle Sonntagstruhe müsse wie in Bayern im ganzen Reich bei der Post zur Durchführung kommen, dadurch würde die Zahl der Krankheits- und Urlaubstage wesentlich herabgemindert werden. Auf das Defizit der Post dürfte der dematische 8-Stundentag kaum einen großen Einfluß ausüben, ebenso wenig aber sei in der Erhöhung der Gebühren ein Allwermittel zu erblicken. Die russischen Posttage, die in die 10000 von Rubeln gehen, sollten hier als abschreckendes Beispiel gelten. Reuber wendet sich gegen die Praxis der Verwallung, sich auch Nichtleistungen bezahlen zu lassen, wie beispielsweise bei der Abfertigung nicht zustande gekommener Ferngespräche M. 1.35 und die Postlagergebühren von M. 3.—, selbst wenn gar keine postlagernden Briefe da seien.

Reichspostminister Siebbergs: Gegen die allgemeine Sonntagstruhe ist von der ländlichen Bevölkerung schärfste Opposition zu erwarten. Der Bauer hat in der Woche keine Zeit Zeitung zu lesen, er will sie am Sonntag frisch erhalten. Die Frage des Wegfalls der Postgebühren wird geprüft werden. Die Frage des Autoverkehrs wird künftig eine weit größere Rolle spielen als heute.

Wd. Wernsdorf (Dnall.) stellt gegenüber dem Wd. Kaubabel fest, daß der letzte Abschluß des kaiserlichen Druckland bei der Post einen Ueberschuß von 100 Millionen hatte. Damals kam eine Kritik an der Post überhaupt nicht auf. Heute ist man dagegen allgemein mit ihr unzufrieden. Für Unterbeamte treten auch wir stets ein, ihre Beförderung zu Schalterbeamten ist aber im Interesse des Publikums einfach unmöglich. Nur die Ueberschüsse an Beamten und Hilfskräften trägt die Schuld an der Uebersteuerung und dem Minus. Das platte Land kann auf die Sonntagstruhe nicht verzichten. Auch in Bayern wird schon die Aufhebung der vollen Sonntagstruhe gefordert. Die Gesprächsregulierung am Fernsprecher ist zu vervollständigen und möglichst überall der automatische Betrieb durchzuführen. Die Leistungen müssen erweitert werden, damit der Post nicht große Ge-

REINER WEINBRAND IN FRIEDENSQUALITÄT MARKE:

Goldstück

J. STÜCK-NCH.F.A.G. WEINBRENNEREIEN HANAU a/M.

General-Vertreter: Otto Wende, Leipzig-Gohlis, Berggartenstr. 25, Tel. 50962.

Briefe vom Oberrhein.

Deutsche und französische Mode. — Erfindungsmesse. Rausheim, Anfang Mai. Eine taumelnde Berganflugsmode ließ der Mai für die links- und rechtsrheinischen Bewohner vorüberziehen. Die großen Modetruppen in Mannheim brachten im Schlepptau eine Kleinmodenschau glanzvoller Stil. Es gab sogar Sonderzüge, die zwischen der Rhein- und Neckarthal und der Pfalz, der Bergstraße und dem Neckartal verkehrten. Und merkwürdiger, gerade aus den kleinen Städtchen und aus den Dörfern kam die Frauenschau, die modelnd und dasjenige, was sie für kurze Zeit vergaß. Im weiten Abfluglande wurde die Veranstaltung in umständlicher Förmlichkeit abgehalten, mit einer Reunion, in Braut und großer Toilette, für einen Eintrittspreis von über hundert Mark. Ein ganzer Himmel von Farben entfaltet die diesjährige Damenmode. Farben, die fast wie herausgestoßen aus Blaufarben und Blumenbeeten wirken, Farben, die zeigen und schmücken und bezaubern. Da ist das schwebeliche Rot, das verblühte Violettgrün, das jartgehauene Violett der Wiesenschausträußchen und das sohene Rot. Tatlenlos ganz schlicht und locker fällt das neue Frauengewand herab, erlaubt sich höchstens einen Kranzschmuck und einen Gürtel aus launigen metallischen Herkulesketten. Nach historischen Mustern hat sich der weite flatternde, geschlichte farbenreiche Kermel gebildet, der sogenannte „Sohlenkapp“. Er bleibt aber Wunsch der Mode, Verlegenheitsgelgen seiner Schöpfer, von einem geistreichen Witzbold auch „klassische Männerhale“ geholt. Verankert in der großen Modenschau war diesmal nicht bloß eine Firma, sondern eine große Anzahl Mannheimer Geschäfte, so daß sich den schauenden Damen die Porten eines seligen Kleider- und Mantel-Paradieses aufzaten. Schmerzlich für Viele sind freilich die Preise für die Einfachheit und Schlichtheit sogar, denn die Zahlen bewegen sich um fünf- und zehntausend Mark. Gattinnen der Verheirateten dürfen folglich nach solchen Himmelsternen die Hände nicht heben. Andere Preise sind heute die Kaufenden; das Bandgebiet, die oberrheinische Bergstraße, die Weinbäcker des pfälzischen Landes freilich die zahlungsfähigen Abnehmerinnen für diese kostbaren Frühlingsträume.

Wie verhält sich die Französin unserer Mode gegenüber? Ablehnend, erhaben! Kaum, daß sie die Auslagen betrachtet, in denen es von Sommerstoffen und liegenden Seiden leuchtet. Ihr Geschmack betont das stark wadenfreie, oft das knie umschließende feinste Damendie, mit kurzem

passendem Florstrumpf zum Samtkühnen. Die Frauen der jüngeren Offiziere und Unteroffiziere kennzeichnen in ihrem gepflegten Strahlenkleid überhaupt keine Mode, sie fertigen ihre Garderobe selbst an, und das Alte wird dazu verwendet. Die Bahnen werden in den luxuriösen deutschen Rinderwagen ausgefahren, begleitet von den Vätern und den Tanten. Mit dem Frühling scheinen neue französische Familien, auch von Privatbeamten, in unsere Stadt gezogen zu sein. Das beweisen die städtischen Scharen von Frauen und Kindern, die Sonntags aus dem französischen Gottesdienst unserer katholischen Kirche kommen. Das beweisen auch die Gepäckstücke auf dem Ludwigsbafener Bahnhof. Viele französische Reisende lassen ihre Holzstöcke in diesen Kammern befördern oder in Kofferbüchsen, die derbe Stöße und Verschleißungen abhalten. Diese sehr zweckmäßigen Stöcke oder Kofferbüchsen sollten den deutschen Kofferfabrikanten eine kleine Anregung bieten und ihnen zeigen, auf welche willkommenen Weise man große Reisekoffer, die heute Wertgegenstände darstellen, bequem schlißen und öffnen kann.

Eine große Erfindungsmesse sah in diesen Tagen wiederum Mannheim. Hier dürfte der deutsche Erfindungsgeist sich herrlich entfalten. Und beruhigend wirkt es auf den Besucher der einzelnen Abteilungen, zu erfahren, daß die fortschreitende Erfindung aus mancher Zeit, aus Dürftigkeit und Armut heraus helfen will. ... Mit den ersten schönen Mattagen sind die großen Frühjahrsweihnachtsgeränge zu Ende gegangen. Die erzielten Millionenpreise haben den Wein-Auskauf in der Stadt stark beeinträchtigt, verlangen die Weinwirte doch plötzlich für das Vierteljahr schon 20 und 25 Mark. ...

Der Frühling blüht und duftet an den hübslichen Bahndämmen von Ludwigsbafen in wärmigem Reichum. Nie sah ich äppigere Fliederbüsche unter blauen und weißen Wangendolben, als im heurigen Mai. In Flieder liegen die großen Schienenstränge, die über die Stadt führen. Fliederbüschel lösen förmlich die Köpfe der Reisenden an den Abstellplätzen. Ludwigsbafen kauft eine Blumen- und Gartenstadt vor. Die städtische Verwaltung geht diesmal nicht bei Pflege und Verschönerung der Plätze und Wege. In Inseln und Meeren blühen Stiefmütterchen, Vergißmeinnicht, Goldbl.

Gegenschuß aus Luft, Nebel und Mondschein zusammengefaßt. Zwei oder drei Tage währte er, dann trieb ihn die Kugel aus mir heraus.

Nun aber kommt meine Bergweisung. Trotz schlechter, kalter Witterung, trotz Verlogens der Zentralheizung traf er diesmal nicht ein.

Ich bin krank, ich bin unglücklich, denn er fehlt mir wie das liebe Brot, wenn keines zu haben ist. Ich bin krank, denn ich brauche ihn dringend.

Alles ist in atemloser Erwartung um mich herum, alles schreit nach meinem Frühjahrsbegenschuß, ohne den ich nun nicht mehr leben kann. Der Schuster braucht Leder, der Schneider braucht Stoff, ich aber muß gebüht im Frühling gehen wie ein alter Ouzgen, und wenn es auch nur drei Tage sind. Mein Gegenschuß fehlt mir.

Und wir haben schon Mai.

Die Familie sitzt in der Stube und harret in Gange und Bange:

„Wann, spürst du noch nichts?“

„Leider nein, liebe Frau!“

„Vater, hast du noch keine Schmerzen?“

„Nein, mein Kind; vielleicht morgen.“

Alles ist niedergeklagen. ... Dabei liegt Asplein bereit, teurer Kampfergeist steht auf dem Tisch, das elektrische Wärmefleisch liegt neben mir und das Bett ist fertig.

Als Herber ist alles grotesk und bigarr; aber wie bei den meisten Dingen in der Welt liegt oft ein tiefer Sinn in einer Sache. Meine Frau hat dieses Jahr eine Frühlingstruhe im Park ausfindig gemacht, eine Pension für 30 Mark pro Tag. Die Pensionsmutter der Frühlingstruhe aber schreibt häßlich: „Wenn Sie nun nicht bald kommen, vermißt ich an eine bessere Familie in Hamburg. Wenn Sie nicht bald sich anmelden, bekomme ich von anderswo 45 Mark.“

Meine Frau sieht mich an: „Wann, teurer, müllere, nimm ein Luftbad und der Schuß ist da!“

Ich konnte mich bisher nicht entschließen. Warum die Berliner Luftkühler frevelhaft verkaufen?

Da, gehern. ... Kul Kul Es zwicht, es zieht! Gott sei Dank, der Gegenschuß ist da. Brauchen, ich hab' ihn! Hurra, ich hab' ihn!“

Und selig fällt das Brauchen in meine Arme. Drei Tage, und der Satz ist erledigt. Frau G. Stroßburger,

Mein Frühling-Begenschuß.

Ich holte ihn mir jedes Jahr bei dem Uebergangswetter, seit schon im April. Es war sozusagen ein postlicher

Sähen durch Nichtzustandekommen von Gesprochen verloren gehen. Redner erhebt sodann gegen die vorgeschlagene Streichung der Oberpostdirektionen Cappel, Tachen und Gumbinnen Einspruch; schon die Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung lasse diese Streichungen geboten erscheinen. Staatssekretär Teske: Inbezug auf die Streit darüber genaue, daß wir das höhere Personal möglichst durch einander vorzubereiten Beamte ersetzen sollten. Nach einer eingehenden Überlegung werden die bisherigen Unterbeamten auch im Schalterdienst zur vollen Zufriedenheit arbeiten. Alle Postagenturen können angesichts des verschlehten Umfanges der Anhalten allerdings nicht mit Vollbeamten besetzt werden.

Abg. Seibel (Soz.) bringt Klagen vor über die Schlechterstellung der Betriebskassen und Volkshäuser in der neuen Befolgsordnung, kritisiert die zu große Zahl der Aufsichtsberechtigten und meint, daß, wenn die Kaiserliche Post-Verwaltung die Volkshäuser nicht als Kosten der unteren Personalverwaltung, sondern als Kosten der öffentlichen Verwaltung betrachten und gewerkschaftsfeindlichen Welt, der noch im Volkshauswesen herrsche und vor Vereinfachung des Reichspräsidenten Obert und des "Bürogelehrten" Sieberts nicht halt mache.

Staatssekretär Dr. Siebert betont, daß das automatische Fernsprechnetz in der besten Entwicklung sei und schon gute Erfolge erzielt wurden, und kommt sodann auf die Drahtblechwerke in der Nähe der Großstädte zu sprechen, welche viele Millionen Schaden anrichten, und wozu ein Prozent aller Betriebsstörungen ausmachen. Die Streichungsgebühren für zurückgesetzte Ferngespräche können nicht entbehrlich werden, weil die Zurückleitung von Gesprächen in letzter Zeit überhand nehme.

Abg. Hoffmann-Schwargendorf (USV.) appelliert an den Minister, der selbst aus dem Arbeiterhande hervorgegangen sei, die berechtigten Klagen der mittleren und unteren Beamtenschaft zu erfüllen und der Unzufriedenheit ein Ende zu machen. Jedenfalls wolle sich die Beamtenschaft nicht von den höheren Beamten kontrollieren und besorgen lassen und erhebe deshalb Protest dagegen, daß neuerdings Bestrebungen im Gange seien, ihr Mitbestimmungsrecht zu bloßen Gutachten herabzurücken.

Nachdem Minister Siebert sich sodann bereit erklärt hatte, hinsichtlich der Regelung der Zustellungsgebühren den Bedürfnissen der Presse entgegenzukommen, wird der unabhängige Antrag auf monatliche Berechnung der Zustellungsgebühren abgelehnt. Der unabhängige Antrag auf Entzerrung der Kalligraphie und Hohlblechwerke aus dem Volkshaus wird sodann angenommen und das Ministergebot bewilligt.

Im Laufe der Einzelberatung sichert der Minister zu, bei der Personalverringerung stets soziale Gerechtigkeit walten zu lassen und erklärt sich bereit, Beamtinnen, die aus Anlaß ihrer Verbeiratung auf ihre Stelle verzichten, eine Abfindung zu zahlen.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Postetat bewilligt. Ebenso der Etat der Reichsdruckerei. Das Haus schreitet sodann noch zur 2. Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums, verlegt die Verhandlungen aber, nachdem der Berichterstatter gesprochen hat.

Vizepräsident Dr. Vell gibt dem Hause bekannt, daß Abg. Jand (USV.) in seiner Heimat verstorben ist. Das Haus schließt sein Vorkommen durch Erheben von den Sigen. Mittwoch 11 Uhr, Reichsarbeitsministerium. Schluß gegen 6 1/2 Uhr.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 17. Mai 1922.

Die Zusammenkunft der Entente-Sozialisten.
Brüssel. Die Zusammenkunft der französischen, englischen und belgischen Sozialisten in Brüssel ist auf Ersuchen Frankreichs auf Mittwoch, den 17. Mai, angelegt worden. Die englischen Sozialisten sollen durch MacDonald, Henderson und Shaw vertreten werden.

Die Folgen der englischen Niederlage in Genoa.
Paris. Aus London werden neuerdings wieder Gerüchte laut über eine bevorstehende Demission Lloyd Georges zum Ende der Konferenz. Man spricht davon, daß die Neuwahlen gegen den Herbst stattfinden sollen, und daß wahrscheinlich Balfour, Chamberlain und Bonar Law sich an der neuen Regierung beteiligen werden. Diese Gerüchte finden eine Befruchtung darin, daß die Regierung in der Frage der Lehrerbildung in der Minderheit geblieben ist, wenn auch nur mit drei Stimmen. Allerdings ist damit noch nicht ein Anlaß zur Demission des Kabinetts gegeben. Dem Zwischensatz wird aber immerhin eine ernste Bedeutung beigemessen.

Verabreichung der deutschen Reparationsverpflichtungen?
Paris. Chicago Tribune schreibt in der Übersendung der französischen Antwort auf die Washingtoner Note über die französischen Kriegsschulden bei Amerika, die fast fertiggestellt gewesen sei, sei plötzlich eine Verzögerung eingetreten. Wahrscheinlich werde der Anleiheauschuss der Reparationskommission, der am 24. Mai in Paris zusammentrete, eine Verabreichung der deutschen Reparationsverpflichtungen vorschlagen und dann müßten die Alliierten im Saag am 26. Juni notwendigerweise auf unbestimmte Zeit die Bezahlung der russischen Kriegsschuld bei Frankreich aufzuheben, weil Russland nicht zahlen könne. Das Blatt spricht von einer neuerdings geplanten Verabreichung der deutschen Reparationsverpflichtung auf 70 bis 80 Milliarden Goldmark.

Zur Konferenz im Saag.
Paris. Nach einer Drahtmeldung aus Washington wurde gestern im Weißen Hause erklärt, die amerikanische Note an die Konferenzteilnehmer in Genoa lasse die Möglichkeit späterer Unterhandlungen offen.

Paris. Zeit Parisien verbreitet eine offenbar berechnete Erklärung über die geplante Konferenz im Saag, wonach Frankreich, falls die Zusammenkunft im Saag die Fortsetzung der Konferenz von Genoa sei, und falls sie politischen Charakter haben sollte, auf ihr nicht vertreten sein werde.

Floyd Georges Rückkehr nach London.
London. In ministeriellen Kreisen verlautete gestern abend, daß Lloyd George bereits am Freitag von Genoa abfährt und möglicherweise einen bis zwei Tage mit Beratungen mit Bonar Law in Paris verbringt und dann am Montag in London eintrifft.

Niederlage der englischen Regierung.
London. Im Unterhause erlitt die Regierung mit 148 gegen 161 Stimmen bei der Abstimmung über einen die Reparationsverpflichtungen betreffenden Vorschlag der Geddes'schen Sparungskommission eine Niederlage. Die Mitglieder der Arbeiterpartei, die unabhängigen Liberalen und viele Anhänger der Regierungspartei stimmten gegen die Regierung und nahmen einen Beschluß auf Vertagung der Debatte an.

London. Die gestrige Tageslage der Regierung im Unterhause nimmt in der Presse einen weiten Raum ein. Die Blätter erörtern nicht, daß die Regierung deswegen zurücktreten werde. Heute vormittag findet ein Kabinettsrat statt, um die Lage zu erörtern. Chamberlain gibt, wie verlautet, heute nachmittag im Unterhause eine Erklärung über die Haltung der Regierung ab.

London. "Definitive Gazette" weist darauf hin, daß die Regierung gestern auch im Oberhause mit knapper

Nat einer Niederlage entging, insofern als der Antrag Earl Beauchamp, in dem die sofortige Aufhebung des Industriegesetzes gefordert wurde, mit nur zwei Stimmen (30 zu 24) abgelehnt wurde.

Vermischtes.

Verurteilung. In dem Prozeß gegen den Schiffsführer Riedemann wegen Verletzung eines Dampfers "Storow" auf dem Hannes beauftragte der Staatsanwalt wegen fahrlässiger Tötung in Lateinzeit mit fahrlässiger Verletzung eines Schiffes drei Jahre sechs Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis. **Rekords der Presse-Photographie.** Als sich jüngst ein Mann auf dem beliebtesten Platz in London, nämlich Piccadilly Circus, das Leben nahm, war zufällig ein Presse-Photograph anwesend, der die Tragödie mit der Kamera festhielt. Solche Zufälle sind nicht vereinzelt, und schon öfters haben Presseleute die merkwürdigen photographischen Rekords aufgestellt. Als die "Lustonia" unterging, hatte einer der drahtlosen Telegraphisten so viel Glück gegenwärtig, diese Schreckensszenen zu photographieren. Raum hatte er dies getan und seine Kamera in die Tasche gesteckt, als das Schiff unterging. Nachdem er drei Stunden um das Leben gekämpft hatte, wurde er ertötet, und da er wusste, daß die Photographie ihm ein Vermögen einbringen könnte, untersuchte er sogleich seine Kamera, fand aber den Film selber durch das lange Bad zerstört. Während der Schlacht an der Doggerbank war ein englischer Offizier, wie eine Londoner Zeitschrift erzählt, glücklicher. Er photographierte den "Blücher" in dem Augenblick, wo das deutsche Kriegsschiff versank und die Mannschaft sich verzweifelt zu retten suchte. Das Bild, das in unzähligen Ausgaben verbreitet wurde, brachte ihm große Summen ein. Ein Presse-Photograph, der bei der Hochzeit des Königs von Spanien Aufnahmen vom Hochzeitspaar machte, hatte das Glück, den Bogen mit dem Herrscherpaar in demselben Augenblick in seine Kamera einzufangen, als das furchtbare Bombenattentat passierte. Er wurde von der Erschütterung auf den Boden geworfen, konnte aber in der allgemeinen Verwirrung, die die explodierende Bombe erregte, doch seine Kamera retten, die er kampflos festhielt. Auf der Aufnahme war die Explosion der von einem Balkon heruntergeschleuderten Öllampenfackel zu sehen; sie erschien in etwa 3000 Zentimeter und machte den Photographen zu einem wohlhabenden Manne. Das neugierige Auge der Kamera, das überall dabel sein muß, hat schon so manches im wahren Sinne aus Sicht der Sonne gebracht. So nahm einmal ein Photograph eine Hochzeitsgesellschaft auf, und zufällig kam im Hintergrund auch ein Gesicht zum Vorschein, das die Aufmerksamkeit eines Detektivs erregte, der die Photographie sah. Die Polizei kam dadurch auf die Spur eines alten Verbrechers, und es gelang, ihn auf Grund dieser unheimlichen Aufnahme festzunehmen. In einem Prozeß in Amerika spielte eine Photographie ebenfalls eine merkwürdige Rolle. Ein Mann war angeklagt, einen Koffer mit Dynamit auf die Treppe eines öffentlichen Gebäudes gelegt zu haben. Die Hauptzeugen gegen ihn waren zwei Mädchen, die die Zeit, in der der Vorfall geschehen sein sollte, damit bestimmten, daß sie sich gerade vorher photographieren lassen. Die Photographie wurde den Richtern vorgelegt, und ein Astronom bewies aus der Lage der Schatten darin, daß die Aufnahme zu einer andern Zeit gemacht worden sei, als die Mädchen angaben. Trotzdem wurde der Mann zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach einem Jahr aber kontrollierte man die Bedingungen, unter denen die Photographie aufgenommen worden war, an Ort und Stelle und konnte nun in der Wirklichkeit die Berechnungen des Astronomen nachweisen. Damit war des Mannes Unschuld bewiesen, und er wurde freigesprochen.

Ein Feldzug gegen das Räse In. Das ärgerliche Räse In, das so manche Leute in ihrer Sprache haben, soll in der nächsten Generation im Staate Detroit ausgerottet sein. In diesem Zwecke hat man einen energischen Feldzug eröffnet, der die Sprachstunden in den Schulen von Grund auf reformieren will. Der Leiter dieses Kampfes gegen das Räse In ist der Vorsteher der Abteilung für Sprachstudien bei der Unterrichtsbehörde, E. C. Certain. Wie er in seinen Proklamationen ausführt, haben Versuche erwiesen, daß sehr wenige Menschen tatsächlich ihre eigene Sprache hören und daß die meisten überhaupt nicht wissen, wie und in welcher Tonart sie sprechen. Da also der größte Teil der Menschen nicht weiß, wie er spricht, kann er auch nicht auf die Fehler achten, die er beim Sprechen macht. Daher kommen die unheilbaren Unarten beim täglichen Sprechen, die nasalsten Töne, die undeutliche Aussprache, das ewige Wiederholen derselben Worte um. "Der Durchschnittsmensch", sagt Certain, "kann viele Jahre leben, ohne daß er sich bewußt wird, warum er so häufig unangenehm auffällt und mit Menschen gar nicht gut auskommt. Er nennt das "Red" und weiß nicht, daß all sein Unglück von seiner schlechten Art des Sprechens herkommt, die die anderen Menschen ärgert und nervös macht. So haben also die Sprachstunden eine sehr große Bedeutung im Alltagsleben und sind die Ursache vieler Unglücks. Die Kinder müssen solche sprachlichen Ungezogenheiten sehr rasch nach und es ist daher die Pflicht der Schule, ihnen eine gute und deutliche Aussprache beizubringen. Man wird ihnen damit eine lebensreiche Gabe an den Lebensweg spenden."

Ausverkauf beim chinesischen Kaiser. Geiraten kostet Geld, und wenn man gar zwei Bräute hat, so braucht man erst recht viel. In dieser glückselig-unglücklichen Lage befindet sich der 18-jährige Kaiser von China, der nicht mehr auf dem Thron des Himmels sitzt und deshalb auch den Erbherrn der Hellen kennen lernt. Wie aus Tientsin gemeldet wird, wird der Kaiser von China einen Teil seiner Schätze verkaufen, deren Erlös auf mehr als 80 000 Pfund geschätzt wird. Es ist natürlich nur ein verschwindend kleiner Bruchteil der riesigen Reichhaltigkeit, die in dem Kaiserpalast zu Peking angehäuft sind, aber man hofft, daß diese Summe genügt. Der Kaiser hat schon eine Zeit lang keine Steuern bezahlt; die republikanische Regierung wird dringlich, und außerdem hat er Ausbesserungsarbeiten an seinem Palast vorzunehmen. Dazu kommt dann noch die bevorstehende Hochzeit mit den beiden schönen jungen Damen, die er sich erwählt hat. Grund genug, um etwas von den Reichthümern der Hellen hinwegzugeben. Der "Ausverkauf" umfaßt alles Porzellan, schöne Gemälde, Goldarbeiten, Schmuckstücke aus Perlen und Zeit. Ein einziges Perlensackband, das zum Verkauf kommt, soll einen Wert von mindestens 5000 Pfund Sterling haben. Fremden wird nicht gestattet, an dem Verkauf dieser Schätze teilzunehmen.

Das Zögern der Elefantensprache. Die indischen Elefantensprache, die Mahauts, haben bekanntlich eine vollkommen herrschaft über die riesigen Rüsselträger, die ihnen tatsächlich als Wort gebunden. Ein englischer Oberst G. E. Shepherd, der als gelehriger Schüler der Mahauts die Verständigung mit den Elefanten von ihnen gelernt hat und seinen Elefanten zum selbst lenken konnte, gibt ein interessantes Zitat dieser Elefantensprache, aus dem wir einiges mitteilen. Das Wort "Alle" besteht dem Elefanten vorwärts zu gehen. Auf "Dee" macht er eine Wendung. Der Mahaut, der auf dem Rücken des Tieres sitzt, preßt seine Beine gegen den Kopf des Tieres nach der Richtung hin, in der es gehen soll, und ruft dazu "Dee". "Doo" bedeutet so viel wie "Halt". Auf das Wort "Doo" beugt der Elefant seine Vorderfüße, um dem Mahaut das Aufspringen zu ermöglichen. "Wah", begleitet von einem Druck des Schwanzes auf den Vorderkopf oder einem I Jen

Rufen am Ohr veranlaßt das Tier, sich niederzuliegen, damit es gefaltet werden kann oder Passagiere aufsteigen. "Doo" ist einer der häufigsten Befehle, der dem Elefanten erteilt wird; auf diese Aufforderung hin nimmt er den Kolben, den er tragen soll, in den Rüssel, oder packt sonst dasjenige, was vor ihm liegt. "Aub" heißt soviel wie vorwärts. Und so gibt es eine große Anzahl von Worten, die der als Tragt- und Reittier verwendete Elefant sofort versteht, sodas er dem Mahaut tatsächlich aufs Wort gehorcht.

Kunst und Wissenschaft.

Eine Sängerfahrt nach Deutschland. Ostern mittig trat der Wiener Männergesangsverein mit etwa 200 Mitgliedern unter Führung des Vorstandes Krükl seine Sängerfahrt nach Deutschland an. Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Bahnhof in Wien Vertreter der Deutschen Gesangsvereine sowie der Vorstand des Bundes der Reichsdeutschen eingefunden. Die gleichfalls anwesenden Vertreter der Wiener Gesangsvereine trugen in von deutschem Volksgesang befehlten Ansprachen ihren abreisenden Kollegen herzlichste Grüße an die deutschen Stammesbrüder im Reich aus. Während deutsche Volkstänze angestimmt wurden, verließ der Zug die Bahnhofshalle. — Der berühmteste und zugleich älteste Männergesangsverein Wiens verankert in München, Velpsis, Berlin und Dresden Konzerte. In Dresden ist u. a. eine große Sängerkonferenz im Gewerbehause (26. Mai) geplant. Der am 8. Oktober 1848 gegründete "Wiener Männergesangsverein" hat sich aus verschiedenen Anfängen zu einer Gemeinschaft von über 400 singenden Mitgliedern entwickelt, die infolge schwerer Aufnahmebedingungen ihren seit Jahrzehnten erworbenen Ruf verlor. Konduktoren wie Rob. Schumann, Richard Wagner, Bruckner, Brahms, Goldmark, Joh. Strauß usw. haben der Sängerkunst wertvolle Werke zur Uraufführung überlassen. Von je hat sich der Wiener Männergesangsverein in den Dienst der Menschheit gestellt und in 1919 Konzerte über 5 Millionen Kronen Ueberdusch für wohltätige Zwecke erlangt. Der Ruf wehrte sich durch Auslandstreffen; die gegenwärtige Konzeptionsart ist die 74. Aus der langen Reihe ausgezeichneter Chorleiter und Komponisten seien genannt: K. M. Storch, Joh. Herber, Ed. Kremser, Rich. Heuberger, Viktor Feldner und neuerdings Karl Ruge, von den verdienten Vorständen Dr. August Schmidt (Gründer), Dumba und Dr. Krükl. Durch Oberbundesführer Propaganda (Kuffnung der unvollständigen G-moll-Sinfonie und anderer melodischen Meisterwerke überbietet) konnte der Verein dem Niederkomponisten in seiner Vaterstadt ein herrliches Denkmal setzen. In den kunstgeheimen Kreisen Dresdens und seiner Umgebung hat man dem 26. Mai und damit dem Wahlspiel der Wiener Sänger als einem musikalischen Ereignis ersten Ranges entgegen.

Die Auffindung des besten Oberammergauer Passionsliedes. Aus Oberammergau wird geschrieben: Kurz bevor die Vorbereitungen für das diesjährige Passionspiel begannen, gelang dem früheren Oberammergauer Lehrer Ferdinand Feldial durch einen merkwürdigen Zufall die Auffindung der Originalhandschrift des lange verloren geglaubten besten Oberammergauer Passionsliedes des Vater Othmar Weib vom Jahre 1811. Es war diesem schon zu spät, diesen Text, mit dem die Diktion von Dörfenberger so reich und ursprünglicher Empfindung seinen Verehrer ausfüllt, zum Gegenstand der Aufführung zu machen. Er darf aber als so gut wie sicher gelten, daß der Spielplan Oberammergauer, Georg Lang, beim Passionspiel von 1922 erheblichen Widerständen zum Trotz auf ihn zurückgreifen wird.

Bemerkenswerte Ausstellungen. In Dresden findet in der Pfingstwoche vom 8. bis 10. Juni in der Aula des Rhythmischen Gymnasiums eine Ausstellung für Familienkunde und Familienforschung statt, die erste ihrer Art in Deutschland. Sie wird vom Verein "Fam. in B." in Verbindung mit der sächsischen Stiftung für Familienforschung und dem Dresdner Staatsarchiv veranstaltet und ist vorzüglich vorbereitet. Bei der großen Bedeutung der Familienkunde für den Wiederaufbau unseres Volkstums wird die Ausstellung nicht verfehlen, die Aufmerksamkeit aller dazuer zu ziehen, die Stun für Pflege von Familienforschung haben.

Schlachtviehpreise

auf dem Viehhofe zu Dresden, Montag, am 15. Mai 1922.
Preis für 50 kg in Mark.

Tiergattung und Bezeichnung	Stück	Gewicht
I. Rinder:		
A. Ochsen (Auftrieb 84 Stück):		
1. Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	2400-2600	4375-4725
2. Junge, fleischige, nicht ausgewachsene — ältere ausgewachsene	2100-2300	4060-4375
3. Mäßig genährte junge — gut genährte ältere	1500-1800	3200-3525
4. Gering genährte jeden Alters	1000-1200	2500-3000
B. Kühe (Auftrieb 142 Stück):		
1. Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes	2400-2500	4180-4200
2. Vollfleischige jüngere	1900-2200	3475-4000
3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	1500-1700	2900-3225
4. Gering genährte	—	—
C. Kalben und Lämmer (Auftrieb 264 Stück):		
1. Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes	2400-2600	4375-4325
2. Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	2100-2300	4050-4375
3. Weitere ausgewachsene Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	1500-1800	3850-4000
4. Gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben	1200-1400	3000-3350
5. Mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben	—	—
D. Ferkel (Auftrieb — Stück):		
1. Gering genährtes Jungvieh im Alter von 8 Monaten bis zu 1 Jahre	—	—
II. Schafe (Auftrieb 578 Stück):		
1. Doppellämmer	2800-3400	5725-5850
2. Beste Wast- und Sauglämmer	1800-2000	3175-3500
3. Mittlere Wast- und Sauglämmer	1400-1700	2350-2975
4. Geringere Lämmer	—	—
III. Schafe (Auftrieb 923 Stück):		
1. Wastlämmer und jüngere Wastlämmer	2100-2300	4400-4600
2. Ältere Wastlämmer	1800-2000	3575-4400
3. Mäßig genährte Hammel und Schafe (Wergschafe)	800-1800	2125-2850
IV. Schweine (Auftrieb 1209 Stück):		
1. Vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 3 1/2 Jahre	2100-2300	4000-4225
2. Fleischschweine	1800-2000	3125-4275
3. Fleischige	1700-2000	2800-3350
4. Gering entwickelte	2900-3400	3150-3425
5. Sauen und Eber	2400-3000	3200-4000

Ausnahmepreise über Rotz.

Die amerikanische Abfrage.

Die Ansprache mit den Russen.

Aus Genua wird gemeldet:

Gestern vormittag um 10.30 Uhr trat die Unterkommission der ersten Kommission unter dem Vorsitz von Facta zusammen, um der russischen Delegation die Beschlüsse der anderen in der Unterkommission vertretenen Mächte bekannt zu geben. Der Inhalt des gestern veröffentlichten Dokuments wurde verlesen. Hieraus stellte Tischlerin eine Reihe von Fragen über die verschiedenen Klauseln, um sich über ihre Tragweite Klarheit zu verschaffen. Er fragte u. a., warum Deutschland von der Sachverständigenkommission ausgenommen sei. Antwort: Weil Deutschland bereits einen Vertrag mit Rußland abgeschlossen hat. Tischlerin fragte ferner, wie es mit der de jure Anerkennung der Sowjetregierung stehe. Es wurde erwidert, dies sei Angelegenheit der einzelnen Regierungen, sobald die Arbeiten der verschiedenen Kommissionen abgeschlossen seien. Tischlerin fragte, warum der Haag als Versammlungsort für die Kommission gewählt worden sei. Antwort: Man sei bereit, andere Vorschläge entgegenzunehmen. Tischlerin: Würden alle Mächte durch die Mehrheitsbeschlüsse gebunden sein? Antwort: Hierüber wird die Kommission zu entscheiden haben. Frage: Wird der Burgfrieden nur während der Arbeit der geplanten Kommission dauern, oder bis die Grenzen endgültig festgesetzt sind? Antwort: Diese Angelegenheit kann erörtert werden. Frage: Wird in Genua ein Schriftstück bezüglich des Burgfriedens oder ein Pakt abgeschlossen und unterzeichnet werden? Antwort: Ja.

Tischlerin kam sodann auf die Lage in Ostibirien zu sprechen. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion zwischen Tischlerin und Hill, in die auch Lloyd George eingriff. In dem er bemerkte, es wäre gut, wenn der Burgfriedenspakt bereits in der gegenwärtigen Sitzung zur Anwendung käme. Hierauf sagte Tischlerin, es seien 24 Stunden erforderlich, um der russischen Delegation Gelegenheit zu geben, die Vorschläge sorgfältig zu prüfen. Sodann wurde die Sitzung der Unterkommission auf heute vormittag 11 Uhr verlegt.

Beim Schluß der gestrigen Sitzung erhielt Schanzer ein Antwortschreiben des Staatssekretärs Hughes bezüglich der Teilnahme Amerikas an den Haager Beratungen. In englischen Kreisen wird angenommen, daß die Antwort eine Grundlage für einen weiteren Meinungsaustausch mit den Vereinigten Staaten bilden wird. Wie verlautet, werden in dem amerikanischen Dokument bezüglich der Teilnahme Amerikas zwei Bedingungen gestellt: erstens, daß während der Arbeiten der Kommission keine Separatverträge mit Rußland abgeschlossen werden dürfen und zweitens, daß die Vertreter im Haag keine unbeschränkte Vollmacht haben, sondern nur über die in der Kommission gefassten Beschlüsse berichten sollen.

Auskunft über das Memorandum.

In der englischen Presseführung gab Sir Edward Grey noch über eine Reihe kritischer Fragen Auskunft. Zunächst bedeutete die Nichtunterzeichnung der Antwort an Rußland durch Frankreich absolut nicht, daß Belgien und Frankreich mit der Antwort an sich nicht durchaus einverstanden wären. Welche Staaten hätten aber das Memorandum nicht unterzeichnet und hätten daher auch die Antwort nicht unterzeichnen können. Barthou habe erklärt, daß die französische Delegation sich sehr freuen würde, wenn die Russen die Vorschläge annehmen würden. Sie sei mit allem einverstanden, denn Frankreich wolle gern und mit allen Kräften am Wiederaufbau Europas mitarbeiten. Gehe Rußland auf die Vorschläge nicht ein, dann bestehe die Möglichkeit, daß Belgien und Frankreich keine Vertreter nach dem Haag schicken. In diesem Falle würde es noch eine Streitfrage sein, ob sie damit auch ihrer Verpflichtungen betreffend der Truppen der Leibig wären. Diesen Fall würde wahrscheinlich die Unterkommission noch ins Auge zu fassen haben. Im übrigen sei die begrenzte Truppen der durchaus keine Verbindlichkeit, die man Rußland auferlegen wolle. Das würde ein Eingriff in die russischen Souveränitätsrechte sein. Es handle sich dabei lediglich um ein Abkommen, das die Mächte unter sich träfen. Die verschiedenen laufenden, unterzeichneten oder nicht unterzeichneten Verträge, die die Mächte untereinander oder mit Rußland abgeschlossen hätten, wie der russisch-italienische Handelsvertrag, der bereits unterzeichnete, aber noch nicht ratifizierte Vertrag Schwedens mit Rußland, der in Arbeit befindliche Vertrag zwischen Japan und Rußland über die Zurückziehung der japanischen Truppen aus dem Fernen Osten und der Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei würden von der Truppen der nicht betroffen. Ein Exemplar der Antwort an die Russen sei von Lloyd George persönlich dem amerikanischen Botschafter Child übergeben worden, der es sofort nach Amerika geflüchtet habe als eine Art Präliminarium der förmlichen Einladung Amerikas nach dem Haag. Lloyd George wiederholte heute, daß Deutschland als desinteressierte Macht im Haag nicht vertreten sein werde. Das frühere Zusammentreffen der Vertreter der Mächte am 15. Juni habe lediglich den Zweck, um für die Verhandlungen mit den Russen den Weg zu bahnen. Die Kommission und die Unterkommissionen seien zu ernennen. Die einzelnen Staaten müßten ihre Meinungen austauschen und es müsse gleich nach einer Basis gesucht werden, auf der man dann am 20. Juni sofort in Gemeinschaft mit den Russen die Arbeit beginnen könne, eine Zurückziehung der Truppen bedeute der frühere Termin nicht. Nimmt Rußland die Vorschläge an (was nach der Rede Rowlands zu vermuten sei), dann werde am Mittwoch oder Donnerstag die Plenarsitzung der politischen Kommission stattfinden, der die russische Antwort und vielleicht auch die Amerikas vorgelegt werden solle. Am Freitag oder Sonnabend hoffe man dann die dritte und letzte Plenarsitzung abhalten zu können.

Die amerikanische Note an Schanzer.

Der amerikanische Botschafter Child hat unterm 16. Mai folgendes Schreiben an Minister Schanzer gerichtet: Ich habe die Ehre, Ihnen beiliegende Note meiner Regierung als Antwort auf die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz, die sich im Haag mit Rußland beschäftigen soll, mitzuteilen. Die amerikanische Regierung hat die Einladung zur Teilnahme an der im Haag am 15. Juni zusammenzutretenden Konferenz, die an sie vom Präsidenten der Konferenz von Genua ergangen ist, einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Die amerikanische Regierung ist in hohem Maße vom dem Bestreben befeuert, in jeder Weise an dem Studium der wirtschaftlichen Notwendigkeiten mitzuwirken und möchte noch einmal der tief empfundenen Freundschaft des Volkes der Vereinigten Staaten für das russische Volk und dem lebhaften Interesse Ausdruck geben, welches das amerikanische Volk an allen Maßnahmen hat, die auf eine Wiedergesundung des wirtschaftlichen Lebens und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Wohlfahrt gerichtet sind, auf welche das russische Volk trotz seiner Schwierigkeiten und seiner Diskontinuitäten berechtigten Anspruch hat. Das amerikanische Volk hat bereits Beweise seines Inter-

esses an der wirtschaftlichen Gesundung gegeben und die amerikanische Regierung würde sich nur mit äußerstem Widerstreben von jeder möglichen Gelegenheit, hilfreich zu sein, fern halten. Die amerikanische Regierung ist jedoch nicht in der Lage, zu dem Schluß zu kommen, daß sie in erschwerlicher Weise an der Haager Konferenz teilnehmen kann, da diese Konferenz offenbar eine Fortsetzung der Genueser Konferenz unter anderem Namen sein würde und da diese Konferenz der Natur der Dinge nach in gleicher Weise auf die gleichen Schwierigkeiten ruhen würde, falls die in dem russischen Memorandum vom 11. Mai eingenommene Haltung unverändert bleibt. Die unausbleibliche und letzten Endes entscheidende Frage ist offenbar die der Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit in Rußland. Die wesentlichen Vorbedingungen müssen noch geschaffen und ihrer Natur nach innerhalb Rußlands selbst geschaffen werden. Während die amerikanische Regierung Neid der Ansicht gewesen ist, daß diese Vorbedingungen klar zu Tage liegen, ist sie stets bereit gewesen, gemeinsam mit den gegenwärtig einladenden Mächten eine Sachverständigenkommission zum Studium der wirtschaftlichen Lage in Rußland und der notwendigen Mittel zu ihrer Besserung einzusetzen. Eine solche Kommission müßte sich zweckentsprechendweise mit dem Studium der wirtschaftlichen Vorbedingungen einer Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit beschäftigen, ohne welche offensichtlich jede andere Maßnahme für einen Kredit faßlos wäre. Es kann noch hinzugefügt werden, daß die amerikanische Regierung durchaus bereit ist, allen Vorschlägen, die von der Genueser Konferenz oder einer späteren Konferenz ausgearbeitet würden, ernsthafte Beachtung zu schenken. Aber sie ist der Ansicht, daß offenbar die als Antwort auf das russische Memorandum vom 11. Mai erfolgte gegenwärtig vorliegende Anregung angesichts des Wohlstandes jenseit der Not nicht die klare Bestimmtheit besäße, welche es der amerikanischen Regierung ermöglichen würde, ihre Hand zu dem vorgeschlagenen Konferenzplan zu bieten. des. Hughes.

Amerika und die russische Frage.

Der amerikanische Botschafter in Rom hatte schon gestern vormittag mit Schanzer, Facta und Lloyd George eine Besprechung, wobei er die Note der amerikanischen Regierung an Schanzer übergab. Schanzer, Facta und Lloyd George haben über die Note im Laufe des Nachmittags diskutiert. Es wurde dabei beschlossen, von der amerikanischen Regierung Aufklärungen über die Absichten der amerikanischen Regierung verlangen zu wollen. Eine entsprechende Antwortnote wurde noch im Laufe des Nachmittags abgefaßt und nach Washington telegraphiert. Die allgemeine Auffassung ist die, daß Amerika in irgendwelcher Form an der Lösung der russischen Frage teilnehmen wird.

Der „Newport Herald“ begründet die Ablehnung, an der Konferenz im Haag teilzunehmen, damit, daß die Washingtoner Regierung sich nicht in die Nachschafften der Alliierten einmischen wolle, in einem Augenblick, in dem man die neue Lage als ein Verwickeltes betrachte, das den augenblicklichen Festhalten der Konferenz von Genua maßstab sein sollte.

Enttäuschungen.

Reuter meldet aus Genua: Die Meldung über die Weigerung der Vereinigten Staaten, an der Haager Konferenz teilzunehmen, rief Enttäuschung und Ueberraschung hervor.

Die Ablehnung der Einladung zur Haager Konferenz durch die Vereinigten Staaten erregt in der englischen Presse großes Aufsehen. „Evening News“ schreibt, die amerikanische Ablehnung sei ein endgültiger Schlag für die Haager Konferenz und die Behandlung der russischen Frage. Die Leute, die die Vereinigten Staaten nach dem Haag einladen, hätten doch wohl kaum erwarten dürfen, daß Amerika seine Meinung ändere, bevor die Botschafter ihre Politik änderten. Die Note des Staatssekretärs Hughes werde in England zustimmend aufgenommen. — „Star“ nennt die Nachricht über die Weigerung der Vereinigten Staaten eine Katastrophe und fragt, wie die Haager Konferenz arbeiten soll, wenn ihr zwei Mäder fehlen, Amerika und Deutschland? — „Ball Mail Gazette“ schreibt, die Weigerung der Vereinigten Staaten, irgend etwas mit der geplanten Konferenz von Sachverständigen im Haag zu tun zu haben, sei die Krone der Enttäuschungen von Genua. Das schnelle und nachdrückliche „Nein“ Hughes bedeute einen ersten Schlag. Genua hatte keinen Erfolg. Die Aussichten für die Haager Konferenz seien keineswegs vielversprechend.

Die Sitzungen der einladenden Mächte.

Gestern nachmittag fand im Palazzo Reale in Genua eine Sitzung der einladenden Mächte statt, in der zunächst die Frage Litauen und dann die Frage Ostgalizien besprochen wurden. Lloyd George erklärte, er sei der Ansicht, daß diese Fragen, wenn auch nicht sofort, so doch für die Zukunft große Gefahren in sich bergen würden. Der begrenzte Burgfrieden biete nur für drei Monate Schutz, dann würden diese Fragen wieder akut werden. Er hoffe aber, daß der Völkerbund sich dieser Fragen annehmen werde. Barthou erklärte sich damit einverstanden. Dem Völkerbund wurden u. a. überwiesen die Frage der Befämpfung der Epidemien und des Hungers. Die Konferenz wolle das rote Kreuz als europäisches Organ zur Befämpfung des Hungers und der Epidemien anerkennen. Um den russischen Delegierten zur Beantwortung der Vorschläge Zeit zu lassen, sah man von der Festsetzung des Tages für die letzte Plenarsitzung ab. Im allgemeinen rechnet man mit dem Sonnabend als Schlußtag der Konferenz. Die Vertreter der einladenden Mächte beschäftigten sich gestern nachmittag mit dem Programm für die letzten Tage der Konferenz. Die Note Hughes ist noch nicht besprochen. In Konferenztreffen glaubt man, es werde eine Antwort erfolgen, da der Schluß der Antwortnote von Hughes einer Fortsetzung des Meinungsaustausches die Türe offen lasse.

Die Bilanz der Genueser Konferenz.

Reuter meldet aus Genua, die allgemeine Bilanz dessen, was die Konferenz erreicht habe, könne jetzt gezogen werden. Ihre Hauptarbeit, nämlich der Versuch, zu einer Verständigung mit Rußland zu gelangen, sei nicht zu einem bestimmten Abschluß gebracht, weil ein ganzer Komplex von Meinungen, Begehrungen und Gegenständen bestehe, von denen einige Interessensgegenstände betreffen, andere biologischer Natur sind. Somit sei die Genueser Konferenz insoweit, wie sie sich mit einem Abkommen mit Rußland beschäftigt, nach dem Haag oder nach Stockholm oder nach Riga verlegt. Letzteres den Russen zu gefallen, die aus verschiedenen Gründen gegen den Haag seien. Die nunmehr vorgeschlagene Kommission wird nicht die Vollmacht haben, mit denen Lloyd George und Schanzer sie ausstatten wollten, um ihr den schnellen Abschluß eines Abkommens zu ermöglichen. Sie muß vielmehr ihre Beschlüsse in Gestalt von Vorschlägen den in Frage kommenden Regierungen übermitteln. Dies bedeutet ein Zugeständnis an Frankreich und Belgien.

Ende oder Vertagung?

Die Frage, ob die Konferenz von Genua geschlossen oder nur vertagt werden soll, scheint im Grunde genommen ziemlich müßig zu sein. Und doch tritt sie immer mehr in den Vordergrund der internationalen Diskussion. Von ihrer Entscheidung hängen heute überaus wichtige Dinge ab. Wie aus Washington verlautet, hat die amerikanische Regierung nach genauer Prüfung der Bedingungen für die beschlossene Haager Konferenz den Eindruck gewonnen, daß diese nur eine Fortsetzung der Genueser Konferenz darstelle, sobald Amerika an ihr aus den gleichen Gründen, aus denen es keine Delegierten nach Genua schickte, nicht teilnehmen würde. Die Entente hat mit Rücksicht auf die von ihr so dringend gewünschte Beteiligung Amerikas alle Veranlassung, die Konferenz von Genua möglichst feierlich zu schließen, und im Haag eine neue Konferenz einzuberufen, die es der amerikanischen Regierung ermöglicht, zu der Frage ihrer Beteiligung durch amerikanische Sachverständige auf neue Stellung zu nehmen. Es bestehen Anzeichen genug, die dafür sprechen, daß man in Amerika mit dem Prinzip der Fernhaltung von allen europäischen Angelegenheiten zu brechen wünscht, und daß man lebhaft auf den Augenblick wartet, in dem die Entente der Regierung Harding zu einem solchen Stellungswechsel goldene Brücken baut.

Aber dem endgültigen Abbruch der Genueser Konferenz stehen vom Gesichtskreis der Ententemächte aus erhebliche Hindernisse im Wege. Sie kommen sowohl von englischer wie von französischer Seite. Lloyd George hat seine ganze politische Arbeit längst auf das Bemühen konzentriert, die Genueser Konferenz nicht mit einem offensibaren Mißerfolg ausgeben zu lassen. Würde jetzt die Konferenz aus formell beendet und nach dem Haag eine ganz neue einberufen werden, so wäre es einfach unmöglich, Genua als einen wirklichen und positiven Erfolg der Politik Lloyd Georges den englischen Wählern anzupreisen. Da aber die englischen Wahlen, die über die Politik Lloyd Georges entscheiden sollen, vor der Tür stehen, darf der englische Ministerpräsident keinesfalls von einer ergebnislos beendeten Konferenz nach London zurückkehren. Lassen sich die Dinge so darstellen, daß die Konferenz von Genua wenigstens insofern nicht unfruchtbar geblieben ist, als sie die neue Konferenz im Haag zur Welt gebracht hat, kann also der innere Zusammenhang der beiden Konferenzen klar und unangreifbar nachgewiesen werden, so zieht Lloyd George mit gebesserten Aussichten in den Wahlkampf. Ganz anders sehen dagegen die Gründe aus, die Frankreich veranlassen, die neue Zusammenkunft im Haag, die Barthou nun einmal nicht verhindern konnte, als die unmitelbare Fortsetzung der Genueser Konferenz zu lassen. Woinars hat sich derart in seinen Hak gegen Deutschland festgebissen, daß ihm das beschlossene Nichterscheinen der Deutschen im Haag als die Hauptsache erscheint.

Nur unter dieser Bedingung vermag er das Nachgeben Frankreichs gegen die neuen englischen Konferenzwünsche bei den französischen Nationalisten zu rechtfertigen. Denn diese sehen zwar die Fortsetzung der Verhandlungen mit den Russen nicht gern, drücken aber mit Freuden beide Augen zu, wenn der Ausschluss der Deutschen ihrem wilden Dohgefühl von der übrigen Welt zugestanden wird. Die Deutschen jedoch kann man im Haag nur ausschließen, wenn es sich dort eben nur um eine Fortführung der in Genua nicht zu Ende geführten Beratungen über das Außenabkommen handelt. In der Sitzung der Politischen Unterkommission der Genueser Konferenz, in der über die Vertagung der Verhandlungen mit Rußland Beschlüsse gefaßt werden sollte, hat Tischlerin die Frage gestellt, warum man Deutschland an der Haager Konferenz nicht teilnehmen lassen wolle, da es sich doch um eine ganz neue Konferenz handele, worauf er von dem Italiener Schanzer die Antwort erhielt, das sei nicht richtig, es sei dieselbe Konferenz, die nur im Haag fortgesetzt werde.

Es ist freilich eine überaus schwierige diplomatische Aufgabe, den Russen gegenüber die Haager Konferenz als die Fortsetzung der Genueser Konferenz zu lassen, den Amerikanern gegenüber aber als eine ganz neue. Zweifellos wird man bemüht sein, die Frage der Vertagung oder des Schlußes der Konferenz offiziell möglichst unklar zu lassen. Das Ziel dieser zweideutigen Taktik scheint freilich nicht erreicht worden zu sein. Die Amerikaner haben die wahre Sachlage wohl längst durchschaut und ihre Sehnsucht nach dem Haag dürfte durch den unerfreulichen Verlauf der Genueser Konferenz nicht gestärkt worden sein. Die englische Diplomatie wird sicherlich noch alle Mühen springen lassen, um Washingtons Vertreter nach dem Haag zu locken. Aber die Aussichten dazu sind recht schlecht. Wenn das eine Auge nach innerpolitischen Wählerfolgen schielt, das andere in blindem Gaf nach dem Nachbar hinüberblickt, sind diplomatische Seitensanktionen doppelt gefährlich.

Das deutsch-polnische Abkommen vor dem Völkerbundsrat.

Das vorgestern unterzeichnete deutsch-polnische Abkommen war gestern Gegenstand einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates. Zunächst ernannte der Rat auf Grund des Beschlusses der Vorkonferenz die Präsidenten der durch den deutsch-polnischen Vertrag endgültig ins Leben gerufenen internationalen Organisationen, und zwar entsprechend den Vorschlägen der beiden Bevollmächtigten Herrn Calonder der Internationalen gemischten Kommission und Herrn Professor Kafendek zum Vorsitzenden des Schiedshofes. Calonder, dessen Ernennung auf seinen Wunsch nur für ein Jahr erfolgte, dankte in einer längeren Rede und überreichte dem Völkerbundsrat, der ihn seinerseits mit der Leitung der Verhandlungen betraut hatte, ein unterzeichnetes Exemplar des Vertrages. Im Namen des Rates sprach Präsident Quinones de Leon Herrn Calonder den Dank für seine Amtsführung aus. Hierauf nahm der Völkerbundsrat einstimmig folgende Resolution an: „Der Völkerbundsrat beschließt, daß die den Mitarbeiterausgaben betreffenden Bestimmungen des deutsch-polnischen Abkommens über Obereschlesien mit Beginn ihres Inkrafttretens, wie es der Vertrag vorsieht, der Garantie des Völkerbundes unterstellt werden, vorbehaltlich ihrer Prüfung in der nächsten Tagung des Rates.“

Der Völkerbund beschloß gestern nach einem Vortrage Rankens einstimmig, die Genueser Konferenz bezw. die einzuwickelnden Sachverständigen Kommissionen um die Prüfung und Lösung der durch die russische Hungernot aufgeworfenen Fragen, vornehmlich auch in ihren wirtschaftlichen Zusammenhängen, zu ersuchen. Der Antrag ging von Lord Balfour-England aus und wurde von Bourgeois-Frankreich unterstützt, der darauf hinwies, daß die Konferenz geeigneter sei als der Völkerbund, diese Fragen zu untersuchen, da sie auf einer breiteren Grundlage als die Völkerbundsorganisation stehe, die außerdem mit Rußland noch keine Beziehungen unterhalte. — Weiter wird hierzu noch aus Genua gemeldet: An die Ausführungen Rankens in der öffentlichen Völkerbundsratssitzung über die russische Hungernot und ihre wirtschaftlichen Folgen knüpfte sich eine lebhafteste Aussprache an, in deren Verlauf Balfour, Bourgeois, Imperiali und die anderen Mitglieder des Rates für Verweisung des Antrages an die Genueser Konferenz eintraten, wogegen Rankens nachdrücklich protestierte, da dies einem Verzicht seines Amtes gleichkomme.

Angeht das allgemeine Widerstand forderte Ransen schließlich, daß, falls die Genuefer Konferenz oder eine ihrer Kommissionen den Antrag nicht erledigen würden, der Völkerbundrat ihn wenigstens später wieder aufnehmen möge. Der Rat erklärte sich damit einverstanden und nahm dann die von Balfour vorgeschlagene Resolution über die Bewerkung des Antrages an die Genuefer Konferenz einstimmig an.

Der Völkerbundrat genehmigte in seiner gestrigen Sitzung noch den Bericht Ransens über seine Offiziellität zugunsten der türkischen Besessenen in Griechenland. Der Rat nahm ferner Kenntnis von dem Stand der Arbeiten der Opiump Kommission, die nur auf internationalem Weg zu wirklichen Erfolgen führen können. Das belgische Mitglied des Rates Guymans erstattete dann Bericht über verschiedene Streitfragen zwischen Litauen und Polen, zu denen sich auch Vertreter der beiden Länder äußerten. Endlich erledigte der Rat noch einige Fragen, die anlässlich des Gaudesplanens des Völkerbundes für 1923 aufgeworfen waren und forderte den Gesamtschied des Völkerbundes auf, die Verantwortlichkeit zu prüfen, die sich aus dem Anleihevertrag ergeben würde, den der tschechoslowakische Staat mit dem Londoner Bankhaus Barina Bros u. Co. abgeschlossen hatte und bezüglich dessen der Völkerbund schiedsrichterliche Funktionen übernehmen soll.

Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen für Rußland.

Die aus Berlin nach Moskau zurückgekehrten Handelsbeauftragten des Moskauer Sowjets berichten über ihre Berliner Tätigkeit folgendes: In ihren Verhandlungen mit deutschen Repräsentanten über Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen für das Gouvernement Moskau stellten sie die Gewährung eines langjährigen Kredits als Vorbedingung. Die deutschen Fabrikanten sollen diesen Kredit ausgelast haben. Der endgültige Vertrag muß noch vom Moskauer Sowjet bestätigt werden. Während sie noch mit den Deutschen verhandelten, traten die Vertreter französischer Syndikate an die Russen heran und erboten sich ebenfalls, landwirtschaftliche Maschinen auf Kredit zu liefern. Als Ergebnis der Verhandlungen stellten sie die Fortführung der Verhandlungen von Paris aus in Aussicht. Die Vertreter der französischen Fabrikanten erklärten, sie würden einen Druck auf die Regierung ausüben, daß diese die Verbindungen mit Rußland wieder aufnimmt.

Wieder 50 Millionen Goldmark gezahlt.

Die Reparationskommission veröffentlicht eine amtliche Note, die erklärt, daß die Deutschen am 15. Mai an der von der Garantiekommision bezeichneten Bank eine Zahlung von ungefähr 50 Millionen Goldmark geleistet haben, als zweite Monatszahlung der Deutschen nach den Bestimmungen der Reparationskommission vom 31. März. Die erste Teilzahlung von ungefähr 18 Millionen Goldmark war am 15. April erfolgt. Im Anschluß an diese Note wird bemerkt, daß infolge des gegenwärtigen Kurzes der Wert dieser Zahlung von ungefähr 50 Millionen Goldmark, in Wirklichkeit sogar etwas über 50 Millionen ausmache.

Die bisherigen Arbeiten des Ministers Derrmes.

Reichsfinanzminister Dr. Derrmes hat gestern abend in Paris die deutschen Pressevertreter über seine bisherige Tätigkeit unterrichtet und behauptet, daß seit Sonntag private Besprechungen mit den verschiedenen Mitgliefern der Reparationskommission stattgefunden haben, die aber lediglich eine Klärungnahme bezweckten, und daß die eigentliche Verhandlung der Reparationsfrage in offiziellen Konferenzen bisher noch nicht erfolgt sei.

Behandlung der Reparationsfrage in Paris.

Reichsfinanzminister Dr. Derrmes hat im Laufe des vorgestrigen Nachmittags mit den französischen Vertretern die materielle Behandlung der Reparationsfrage aufgenommen. Dr. Derrmes übergab dem Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois in Anwesenheit des Vorsitzenden des Garantien Ausschusses Maulec zu diesem Zweck mehrere Aufzeichnungen, die in der Hauptsache die letzte Gehalts des Reichshandelsplanes sowie die Zwangsanleihe betreffen und die zunächst zu einer allgemeinen Aussprache führten. In den nächsten Tagen werden die Einzelbesprechungen mit den Delegierten fortgesetzt werden.

Morgans Anleihebedingungen.

Bei der auf den 23. dieses Monats in London anberaumten Konferenz der Bankiers aus den alliierten Ländern, aus Deutschland, Holland und Amerika, wird Wierpont Morgan als Führer der amerikanischen Banken eine Erklärung abgegeben, daß sich die amerikanischen Banken nur

dann an einer Anleihe für Deutschland beteiligen könnten, wenn die Alliierten die bindende Versicherung abgeben, daß sie in Zukunft keine weiteren Gebiete Deutschlands besetzen werden. Morgan erklärte, der gegenwärtige Stand des Geldmarktes in den Vereinigten Staaten sei einer Aufnahme der Anleihe sehr günstig. Wenn die erforderlichen Garantien gegeben würden, sei ein Erfolg sehr wahrscheinlich. Die „Times“ befürchten, daß bei den Beratungen der Bankiers das ganze Reparationsproblem aufgerollt werden könnte, da kein Erfolg versprechendes Programm aufgestellt werden könnte, ohne die endgültige Verpflichtung Deutschlands festzusetzen und alle damit in Zusammenhang stehenden Fragen zu regeln.

Der Konflikt in der südwestdeutschen Metallindustrie

hat infolge der Nichtanerkennung der 48stündigen Arbeitswoche durch die Arbeiterorganisationen eine Verschärfung erfahren. Infolge dessen wird die vom Verband der Metallindustriellen angeforderte Ausperrung der Metallarbeiter in den Bezirken Frankfurt, Darmstadt, Gießen, Offenbach und Oberhessen morgen in Kraft treten. Von der Ausperrung werden etwa 20.000 Arbeiter betroffen.

Dortens neue Propaganda.

Die neue großartige Propaganda Dr. Dortens für die Forderung der Rheinlande nimmt gegenwärtig immer größeren Umfang an, sobald man, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, der Ansicht sein kann, Dorten werde in nächster Zeit einen neuen Versuch machen, seine Pläne zu verwirklichen. Das Organ der Rheinländer, „Die Rheinische Republik“, wird gegenwärtig in einer Auflage von 120.000 bis 150.000 Exemplaren kostenlos an die Bevölkerung verteilt. Durch besondere Agenten wird das Blatt in den Abteilen dritter und vierter Klasse in den von Köln, Trier und Aachen abgehenden Zügen verteilt, und weiter wird die Zeitschrift in den Lokalen ausgelegt, in denen Arbeiter verkehren. Die Gewerkschaften im besetzten Gebiet werden bereits in den nächsten Tagen zusammengetreten, um durch einen gemeinsamen Aufruf ihre Mitglieder zu warnen, den Bestrebungen Dortens und seiner Hintermänner irgendwelchen Vorschub zu leisten.

Auf halben Mai

ab sofort können Sie das Riesaer Tageblatt bei den Zeitungsträgern und zur Vermittlung an diese in der Geschäftsstelle Goethestr. 59 (Fernspr. 20) bestellen. Bezugspreis für halben Mai M. 10.25.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die deutsch-russischen Konsularbeziehungen. Die verläutet, soll in absehbarer Zeit in Petersburg ein deutsches Generalkonsulat und in Moskau ein deutsches Konsulat eingerichtet werden. Als deutscher Generalkonsul für Petersburg wird der bisherige Leiter des Ressorts Polen im Auswärtigen Amt, Geheimrat Reher, in Aussicht genommen, für den Moskauer Konsulatsposten, der sich bereits in Moskau ansitzende Konsul Wap.

Reichstagsabgeordneter Jaub gestorben. Der Reichstagsabgeordnete Jaub ist im Alter von 48 Jahren gestorben. Sein Nachfolger ist der örtliche Gewerkschaftssekretär Weigler-München, der bereits Mitglied der verfassunggebenden Nationalversammlung war.

Der Volk Bolbrini im preussischen Landtage. Im preussischen Landtage wurde die Beratung des Verhaushaushaltes durch die Besprechung eines kommunistischen Antrages unterbrochen, der die schärfste Mißbilligung veranlaßt über die Auslieferung des Falleners Bolbrini, der der Teilnahme an dem Bombenattentat in Mailand beschuldigt wird. Die Kommunisten hatten ihren Abgeordneten Reyer-Dreppeln vorgeschickt, um ihren Antrag zu begründen. An der Debatte nahm auch der Minister Evering teil. Er äußerte sich über die Reichsfrage und bedauerte, daß die Reichsregierung die ihr überlassenen Unterlagen nicht

zurückgegeben habe, sondern von sich aus die Inflation ergriffen habe, um die Auslieferung durchzuführen. In Zukunft werde darauf geachtet werden, daß die Preußen angeblichen Auslieferungsfällen im preussischen Innenministerium verbleiben. Der Minister trat dann noch den Besprechungen des kommunistischen Redners entgegen, der behauptet hatte, die Vollgelbesanten lassen sich durch Annahme von Prämien zu besonders scharfem Vorgehen gegen ausliefernde Länder verleiten. Schließlich wurde der kommunistische Antrag gegen den Antrag der Unabhängigen abgelehnt. Das Haus schloß dann die Beratung des Verhaushaltes fort.

Die Sühne des Mordes an Gikharu. Das Oberste Gericht der Ukraine hat den linken Sozialrevolutionär Paschutinski, der die Ermordung des deutschen Generalfeldmarschalls von Gikharu in Kiew eingestanden hat, zum Tode verurteilt.

Trier bleibt deutschgeblieben. Eine von über 4000 Personen besuchte öffentliche Versammlung in Trier, zu der alle politischen Parteien geladen waren, schloß eine Enkeltung, in der es heißt: Die Bevölkerung der alten ferndeutschen Stadt Trier ist entschlossen, jeden Versuch, unser Verhältnis zum Reich oder zu Preußen zu lockern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bis aufs Äußerste zu bekämpfen. Wir wollen auch eine Befreiung von drückenden Belastungen nie und nimmer durch eine Neutralisierung der Rheinlande erkaufen.

Gerihtsverhandlungen wegen der Vorgänge in Peterhof. Die „Rostische Zeitung“ meldet aus Breslau: Gestern begann vor dem internationalen Sondergericht in Döpen die Verhandlung gegen die angeblich Beteiligten an den Vorgängen in Peterhof. Von den 22 Angeklagten waren nur 18 erschienen. Die Anklage lautet auf Mord, Tötung, Zusammenrottung einer Bande und Beihilfe zum Mord, bzw. Tötung. Die Verhandlung ist in folgende drei Teile gegliedert: Der Waffensind in der Schule 3, der Ueberfall auf Peterhof und die Ermordung des internationalen Kriminalsekretärs Siechter im Stadtwald von Dombrowo. — Rittersmeldungen aus Kattowitz zufolge wurden gestern die Anführer der Bande, die in Antonsenbüttel gehakt hatte, verhaftet. Französische und britische Truppen hatten das Waldhaus umstellt, in dem sich die Bande versammelt hatte, und diese verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor. — Nach einer Meldung des „Koslanzeigers“ ist die oberste Stadt Peiskreisam in der vergangenen Nacht von einer polnischen Bande angegriffen worden. Die Stadt wurde von der Apo und der Gemeinde wache verteidigt. Nach einständigem Kampfe wurde der Angriff der Banditen abgelenkt.

Rein deutsch-russisches Militärabkommen. Die „Times“ greift erneut die Meldung von dem bereits mehrfach authentisch dementierten deutsch-russischen Militärabkommen auf und bemerkt, es sei in London Material eingetroffen, das zur Bekämpfung des Vertragshandels beitrage. Es ist eine allbekannte Methode der Fortschritts-Presse, derartige Tendenz-Meldungen zu Propagandazwecken häufig zu wiederholen. Deshalb sei nochmals festgehalten, daß ein Militärabkommen zwischen Deutschland und Sowjetrußland in keinerlei Form existiert.

Ausfahrungen bei einer Vortragserhaltung. In einer im Hotel „Vier Jahreszeiten“ in München von dem bekannten Gelehrten Dr. Rudolf Steiner abgehaltenen Vortragserhaltung kam es zum Schluß zu einem Skandal. Junge Leute führten das Podium. Es kam zu Unstimmigkeiten. Stinkbomben wurden geworfen. Schutzleute und Kriminalbeamte führten den Saal. Eine Gruppe junger Leute zog unter Abführung patriotischerlieder zum Bahnhofsplatz, anschließend in dem Glauben, daß die schwarz-rote Fahne noch geflucht sei. Die Fahne war aber am Abend eingezogen worden. Die Demonstranten sangen auf dem Bahnhofsplatz vaterländische Lieder.

Rußland.

Das Agrargesetz. Der Ackerkongreß trat am 15. Mai unter dem Vorsitz Kallinins zusammen. Die Verweisung des Agrargesetzes an einen Ausschuss wurde nach kurzer Berichterstattung genehmigt. Das Gesetz enthält die wesentlichen Gedanken der Agrarreform Stoljovins. Er erkennt das unbedingte Eigentumsrecht für den russischen Bauer an.

Das neue Schulgesetz. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird von unterrichteten Politikern angenommen, daß der neue amerikanische Schulgesetzentwurf möglicherweise überhaupt nicht zur Annahme kommen werde, wenn nicht der Kongreß den ganzen Sommer hindurch tagt. — Die Pariser Handelskammer hat, wie aus Paris gemeldet wird, dem französischen Handelsministerium einen Protest gegen den dem amerikanischen Kongreß vorliegenden Fordernschen Schutzolltarif zugehen lassen.

Amerika.

Verlangen nach Anerkennung Sowjetrußlands. Senatsvorrat hat in einem Resolutionsantrag im Senat die Anerkennung Sowjetrußlands verlangt.

Tann von Schöllnbach.

Ein Börsenroman von Barr-Runkel

(Nachdruck verboten)

Ein leiser Ausdruck des Mitleids kam in des Grafen Züge, als er sah, wie der Mann vor ihm in tiefer Bestürzung immer mehr und mehr in sich zusammenfiel. Sein Gesicht war gelblich, nur die Augen schienen darin zu leben, und diese besteten sich unverwandt auf seinen Gegner, als ob er versuche, die Waage der Gleichgültigkeit zu durchdringen, die dieser trug, und zu ergründen, was Tann wirklich wußte und dachte.

„Fühlen Sie sich nicht wohl, Herr Schwarz?“ fragte leise der junge Mann. „Darf ich Ihnen eine kleine Stärkung anbieten?“

Ohne eine Antwort abzuwarten, klingelte er und gab dem eintretenden Diener den Befehl, Rotwein und Cognat zu bringen.

Schwarz nahm einen kleinen Schluck von dem schwächeren Getränk, dann fragte er: „Sind Namen genannt worden?“

„Marquard erzählte mir, der Verführer sei ein Mann von der Börse, ein abgefeimter Schurke, der durch Schädigung anderer einen Gewinn einheimen wolle, und dem es nicht auf Raub anläme, solange er in Sicherheit und vor Strafe geschützt in Berlin säße, während andere für ihn die Kaskanen aus dem Feuer holten. Ich zweifle sogar daran, daß der Halunke wirklich beabsichtigte, die Belohnungen auszugeben, die er versprochen hatte. In Marquards Fall belief sich die in Aussicht gestellte Summe auf hunderttausend Mark, während er zum Ankauf des Grundstücks, an dem sein Herz hängt, nur zwanzigttausend braucht.“

„Aber wenn dem Kapitän eine solche Summe geboten wurde, mußte er doch wissen, daß es sich um eine faule Sache handelte!“

„Genau das habe ich ihm auch gesagt; aber in der Freude seines Herzens, daß sein langjähriger Wunsch nun in Erfüllung gehen sollte, hatte er sich verpflichtet,

ehe ihm die Augen ausgegangen waren und er recht begriffen hatte, wozu er sich vergab! Da sagte ich ihm denn: „Werken Sie den bösen Handel aber Bord! Sie werden schon Freunde finden, die zusammenschließen, um Ihnen den Kauf des Grundstücks zu ermöglichen! Ich selbst werde meinen Namen an die Spitze der Liste setzen!“

Und so hat denn Kapitän Marquard gestrickt und hat, wie ich höre, bereits das Kommando eines anderen Schiffes übernommen. Er hat einflußreiche Freunde, die ihm eine bessere Stellung verschafft haben, als die auf dem „Rajah“. Und nun, wie gesagt, bin ich bereit, etwas Geld auf den Tisch des Hauses zu legen, um dem Kapitän den Ankauf des Häuschens zu ermöglichen! Wieviel wollen Sie geben, Herr Schwarz?“

Schwarz nahm einen tüchtigen Schluck Wein. Seine Courage kam wieder.

„Wollen Sie damit sagen, Herr Graf, daß Sie einen vielbeschäftigten Mann wie mich aus seiner Stieft in Wannsee nach Berlin kommen lassen, um seine Unterschrift zu einer Wohlthätigkeit zu erlangen?“

„Aber Herr Schwarz, soviel ich weiß, beteiligen Sie sich an vielen wohlthätigen Unternehmungen?“

„Daraus nicht! Ich habe gerade genug zu tun, wenn ich mich selbst über Wasser halten will, ohne daß ich mir den Kopf über andere Leute zerbreche! Ich halte es für richtig, daß man erst gerecht ist und dann darmherzig, und ich finde daher, daß niemand etwas anderes von mir verlangen kann, als daß ich meine Schulden bezahle!“

„Eine sehr richtige und sehr logische Lebensweisheit, Herr Schwarz, aber ein bißchen hart, nicht? Wenn ein armer Kerl unter den Dampfputz gerät, sollten wir dann nicht einen Augenblick mit dem Bestellen unseres Aders aufhören, den Pfug hochheben und dem Verunglückten die Möglichkeit geben, darunter hervorzufrischen?“

Schwarz trank sein Glas aus, machte aber keine weitere Bemerkung.

„Ubrigens habe ich Sie nicht nur zu wohlthätigen Zwecken um das Vergnügen Ihres Besuches gebeten, es

handelt sich auch um geschäftliche Dinge! Aber ich glaube wirklich, Sie wollen sich mir und der Welt von der schlechtesten Seite zeigen; in Wirklichkeit sind Sie doch ein sehr mildtätiger Mann mit einem weichen Herzen! Habe ich nicht recht?“

„Nein, Herr Graf, Sie haben nicht recht, und ich verstehe überhaupt nicht, wo hinaus Sie wollen!“

„Ja, ich habe mir eben einmal in den Kopf gesetzt, daß Sie einer der wohlthätigsten und hilfreichsten Männer in Berlin sind! Sie haben Dinge getan, die kein anderer Geschäftsmann tun würde! Und Sie tun das alles heimlich und sind beschämt, wenn man es anerkennt! So haben Sie an mir, zum Beispiel, getan, in aller Stille ein gutes Werk getan, für das ich Ihnen nicht genug danken kann!“

„Was wollen Sie damit sagen, Herr Graf? Ich begreife gar nicht, wovon Sie reden!“

„Ich rede von Lipschütz und seinen hunderttausend Mark Leuten auf meinen Goldfeldern!“

„Was?“ brüllte Schwarz aufspringend.

„Von der Ueberrumpelung Kellers und seiner Einsperrung im Schiffsraum will ich nichts sagen, das gehörte eben mit dazu, und ein Bergwerksingenieur muß es sich schließlich gefallen lassen, wenn er mal ein bißchen raub angefaßt wird!“

„Damit hatte ich nichts zu tun!“

„Nein, nein, das war Lipschütz! Ich sagte ja bereits, daß Sie keinerlei Tadel trifft! Als ich zuerst von der Expedition des „Rajah“ hörte, von der großen Summe, die Kapitän Marquard geboten wurde, von der Belohnung, die Lipschütz erhalten sollte, von dem Aufruf, den der Kapitän hatte, das Erz nach Sibabon zu bringen — als ich das alles hörte, Herr Schwarz, da war ich so voringenommen und so kurzichtig, daß ich mir sagte: Tann, leht bist Du dem größten Schurken der Welt auf die Spur gekommen! Als ich erfuhr, daß die Sache von Ihnen ausging, da erkannte ich sofort Ihre edle Absicht!“

(Fortsetzung folgt)